

Landesbank Berlin Holding AG

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2008 (HGB)



# Landesbank Berlin Holding AG

## Jahresabschluss und Lagebericht 2008 (HGB)

### Inhalt

Bericht des Aufsichtsrats	1
Corporate Governance-Bericht	6
Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns	12
Lagebericht	
Das Geschäftsjahr im Überblick	13
Geschäftsverlauf Januar - Dezember 2008	32
Risikobericht	37
Prognosebericht	72
Jahresabschluss	
Bilanz	75
Gewinn- und Verlustrechnung	76
Anhang	77
Anlagen zum Anhang	90

## **Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG**

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2008 in sechs Plenumsitzungen – davon einer Telefonkonferenz – sowie in sechs Ausschuss-Sitzungen – davon zwei Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich sowie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der Holding und der Landesbank Berlin AG (LBB) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

### **Schwerpunkte der Aufsichtsratsstätigkeit**

Gegenstand sämtlicher Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder sowie die ausführliche Erörterung der aktuellen Lage der Holding besonders unter dem Gesichtspunkt der Krise an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten. In Folge der im September 2008 eingetretenen dramatischen Verschärfung der Krise haben sich der Aufsichtsrat beziehungsweise der zuständige Ausschuss laufend über die Belastungen für die Holding, anstehende Entscheidungen sowie das Marktumfeld informieren lassen und die Situation in den Sitzungen umfassend erörtert.

Im Rahmen der separaten Bilanzsitzungen erfolgte neben der Berichterstattung über das Geschäftsjahr 2007 vorrangig die Beratung und Prüfung des Jahres- bzw. Konzernabschlusses und des Lage- bzw. Konzernlageberichts der Holding zum 31. Dezember 2007 sowie des Vorschlags über die Verwendung des Bilanzgewinns 2007. Weitere Themen der Aufsichtsratssitzungen waren u. a. die Beschlussfassung zu den

Prüfungsschwerpunkten der Jahresabschlussprüfung des Geschäftsjahres 2008, die Erörterung der Zwischenberichte und der Risikostrategie. Ferner erfolgte die Beratung zur Mittelfristplanung für den Zeitraum 2009 bis 2013, die Information über den Ergebnisausblick des Konzerns und die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Holding.

Außerhalb der Sitzungen wurde im Geschäftsjahr 2008 ein Beschluss vom Aufsichtsrat im Umlaufverfahren gefasst. Ein Mitglied des Aufsichtsrats nahm aufgrund dringender anderweitiger Verpflichtungen im Jahresverlauf an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teil.

### **Ausschüsse des Aufsichtsrats**

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr 2008 durch den aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildeten Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss (BPS-Ausschuss) unterstützt. Der BPS-Ausschuss befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance sowie mit Personalangelegenheiten, die den Vorstand betrafen. Sechsmal trat der BPS-Ausschuss im Berichtsjahr zusammen; er bereitete einzelne Tagesordnungspunkte für die jeweilige Plenumsitzung inhaltlich vor und befasste sich vertieft mit strategischen Fragen und Vorgängen von besonderer Bedeutung. Ein Beschluss wurde im Wege des Umlaufverfahrens gefasst. Gegenstand der zwei stattfindenden Telefonkonferenzen des BPS-Ausschusses war unter anderem die Erörterung des Zwischenberichts zum 30. September 2008 vor seiner Veröffentlichung mit dem Vorstand.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende 'Vermittlungsausschuss' trat auch im Jahr 2008 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich im Plenum regelmäßig und umfassend über die Arbeit des BPS-Ausschusses berichten lassen. Alle Mitglieder des BPS-Ausschusses haben im Berichtsjahr an mindestens der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

### **Corporate Governance**

Die Umsetzung der Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) wurde vom Aufsichtsrat in mehreren Sitzungen erörtert. Im Frühjahr 2008 hat der Aufsichtsrat seine Arbeit erneut einer Effizienzprüfung unterzogen. Die Ergebnisse dieser Effizienzprüfung sind im Zusammenwirken mit dem Vorstand Grundlage für die weitere Optimierung der Arbeit im Aufsichtsrat. Im Dezember 2008 haben Vorstand und Aufsichtsrat die jährliche DCGK-Entsprechenserklärung zur Fassung des Kodex vom 6. Juni 2008

abgegeben. Die Einzelheiten sind dem Corporate Governance-Bericht zu entnehmen. Aufgrund der weitgehend personenidentischen Besetzung wurde für die Aufsichtsräte der Holding und der LBB ein gemeinsamer Bericht erstellt. Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr bei Vorstand oder Aufsichtsrat nicht auf.

Die Entsprechenserklärung der Landesbank Berlin Holding AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft unter [www.lbb-holding.de](http://www.lbb-holding.de) abrufbar.

Weitere Informationen zur Corporate Governance im Unternehmen sowie einen ausführlichen Bericht zu Höhe und Struktur der Vergütung von Aufsichtsrat und Vorstand sind den Seiten 20 ff. dieses Geschäftsberichts zu entnehmen.

## **Personalia**

Im Aufsichtsrat hat es im Geschäftsjahr 2008 folgende personelle Veränderung gegeben: Herr Dietmar P. Binkowska hat sein Mandat als Aufsichtsratsmitglied der Anteilseigner mit Ablauf des 21. November 2008 niedergelegt. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Binkowska für seine wertvolle Mitarbeit in diesem Gremium. Als Nachfolger von Herrn Binkowska hat das zuständige Amtsgericht Herrn Artur Grzesiek mit Wirkung vom 24. November 2008 bestellt.

## **Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen**

Der Aufsichtsrat hat eine Prüfung des Berichts des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2008 vorgenommen. Diese und auch die Prüfung durch den Abschlussprüfer haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilte der Holding für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 den folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Gegen die Schlusserklärung des Vorstands im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gem. § 312 AktG hat der Aufsichtsrat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung keine Einwendungen zu erheben.

## **Jahresabschluss 2008**

Der vorliegende Jahresabschluss der Holding mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der Holding mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2008 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats beim Abschlussprüfer regelmäßig über deren Inhalt und Ablauf. Der Jahresabschluss der Holding wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der Holding nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht bzw. dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten nach eingehender Vorprüfung durch den BPS-Ausschuss dem Aufsichtsrats vorgelegt und von diesem geprüft.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie des BPS-Ausschusses nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Die Abschlussprüfer berichteten dabei über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und beantworteten eingehend die Fragen der Gremienmitglieder. Der Aufsichtsrat hat sich gem. DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der Holding und des Konzerns Holding zum 31. Dezember 2008 in seinen Sitzungen vom 27. März 2009 gebilligt. Der Jahresabschluss der Holding gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt.

Der Aufsichtsrat stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu, den für das Geschäftsjahr 2008 ausgewiesenen Bilanzgewinn der Gesellschaft in Höhe von 13.206.360,23 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2008 in einem schwierigen und herausfordernden Marktumfeld erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2009

Der Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Vorsitzender

## **Corporate Governance-Bericht**

Vorstand und Aufsichtsrat messen klaren und effizienten Regeln zur Führung und Kontrolle des Unternehmens und seiner Tochtergesellschaften hohe Bedeutung bei. Aufsichtsrat und Vorstand handeln in dem Bewusstsein, dass eine gute Corporate Governance im Interesse der Kapitalmärkte liegt und eine wichtige Basis für den Erfolg der Konzerngesellschaften und damit auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt. Zudem ist die Einhaltung der Corporate Governance Regelungen für das Unternehmen ein wichtiger Faktor zur Sicherung des Vertrauens in der Öffentlichkeit.

Die Konzerngesellschaften beachten unabhängig von ihrer Rechtsform die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK), soweit die Grundsätze übertragbar und für die Umsetzung eines konzernweiten Leitbildes von Bedeutung sind.

Im Interesse einer einheitlichen Handhabung hat insbesondere auch die nicht börsennotierte Landesbank Berlin AG (LBB) die freiwillige Anwendung der Corporate Governance Grundsätze beschlossen. Dies ist daher ein gemeinsamer Corporate Governance Bericht der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) und der LBB.

Die Berlin-Hannoversche Hypothekbank AG erläutert ihre Grundsätze in einem eigenen Corporate Governance Bericht, einschließlich Entsprechenserklärung.

### **Vorstand**

Die Vorstände der Holding und der LBB bekennen sich zu den Grundsätzen einer guten, verantwortungsvollen, effizienten und auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichteten Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle. Sie leiten das jeweilige Unternehmen in eigener Verantwortung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, der Satzungen und der Geschäftsordnungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien und wirken auf deren Beachtung durch die Konzerngesellschaften hin. Dabei entwickelt der jeweilige Vorstand die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und stellt ihre Umsetzung sicher.

Die beiden Vorstandsgremien informieren ihren Aufsichtsrat jeweils umfassend und zeitnah über die Geschäftsentwicklung ihrer Gesellschaft, über die Planung, die Risikosituation, das Risikomanagement sowie die Compliance und gegebenenfalls über Abweichungen in der Geschäftsentwicklung von der ursprünglichen Planung.

Weder der Vorstand der Holding noch der der LBB unterlag bei der Umsetzung seiner Aufgaben Interessenkonflikten, so dass hierzu keine Informationspflichten bestehen. Die Zusammensetzung der beiden Vorstandsorgane und die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind auf den Seiten 15 bis 16 dargestellt.

### **Aufsichtsrat**

Der Aufsichtsrat der Holding besteht aus 20 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes aus je zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Der Aufsichtsrat der LBB besteht aus 16 Mitgliedern. Er setzt sich ebenfalls nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. In ihm sind jeweils acht Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner und der Arbeitnehmer vertreten. Die Aufsichtsratsorgane der Holding und der LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt.

Die Mitglieder beider Aufsichtsräte sind namentlich auf Seite 191 des Konzern-Geschäftsberichts aufgeführt.

Die Aufsichtsräte der Holding und der LBB beraten und überwachen den jeweiligen Vorstand bei der Leitung der Gesellschaft und arbeiten vertrauensvoll und eng mit ihm zusammen.

Die Aufsichtsräte haben wesentliche Geschäftsvorgänge definiert, die der Vorstand nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats vornehmen darf. Weiterhin haben sie Regelungen getroffen, die dazu dienen, Interessenkonflikten vorzubeugen. Der Vorstandsvorsitzende steht dabei in ständigem Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden.

In beiden Aufsichtsräten wurden zur Steigerung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit und der Behandlung komplexer Sachverhalte Ausschüsse gebildet. Neben dem jeweiligen Vermittlungsausschuss und dem Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategiausschuss gibt es im Aufsichtsrat der LBB zusätzlich einen Kreditausschuss.

Die Tätigkeit der Aufsichtsräte sowie ihrer Ausschüsse regelt sich jeweils nach den Geschäftsordnungen dieser Gremien. Über die laufende Arbeit der Ausschüsse informieren die jeweiligen Vorsitzenden alle Aufsichtsratsmitglieder in der nachfolgenden Plenumsitzung. Die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse sowie die dort und im Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2008 behandelten wesentlichen Themen sind im Einzelnen jeweils dem Bericht des Aufsichtsrats der Holding bzw. dem der LBB zu entnehmen. Die beiden Aufsichtsratsorgane unterlagen bei der Umsetzung ihrer Aufgaben - wie auch in den Vorjahren - keinen Interessenkonflikten, sodass diesbezüglich keine Informationspflichten bestehen.

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Holding wie auch - auf freiwilliger Basis - der Aufsichtsrat ihrer 100-prozentigen Tochtergesellschaft LBB haben im vergangenen Jahr eine Effizienzprüfung vorgenommen. Diese wurde jeweils anhand einer detaillierten Checkliste durchgeführt, in der alle den DCGK betreffenden Fragen behandelt und von jedem Aufsichtsratsmitglied individuell bewertet wurden. Im Ergebnis der abschließenden Auswertung der Befragung im Aufsichtsratsplenium kamen beide Gremien zu der Einschätzung, dass die Effizienz der Aufsichtsrats Tätigkeit gegenüber dem Vorjahr weiter gesteigert werden konnte. Die noch bestehenden Verbesserungsvorschläge wurden jeweils dem Vorstand mit der Bitte übermittelt, diese bei der künftigen Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat zu berücksichtigen.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrats besteht - wie auch für die Mitglieder des Vorstands - eine Directors & Officers-Vermögensschadenversicherung (D & O-Versicherung). Um die Verantwortung der einzelnen Gremienmitglieder gegenüber der jeweiligen Gesellschaft und den Aktionären zu unterstreichen, wurde dabei jeweils ein angemessener Selbstbehalt vereinbart.

### **Transparenz**

Die Mitglieder des Vorstands sowie des Aufsichtsrats der Holding haben im Geschäftsjahr 2008 keine meldepflichtige Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen.

Auch Organmitglieder der LBB, die nicht zugleich Führungsaufgaben bei der Holding wahrnehmen, haben im Geschäftsjahr 2008 keine Geschäfte in Aktien der Holding vorgenommen.

Ein ebenfalls nach Ziffer 6.6 des DCGK angabepflichtiger Besitz von Aktien der Gesellschaft oder sich darauf beziehender Finanzinstrumente durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Holding wie auch der LBB lag im Berichtsjahr nicht vor.

### **Vergütungsbericht**

Das Vergütungssystem des Vorstands und des Aufsichtsrats wird in einem gesonderten Vergütungsbericht im Geschäftsbericht für das Fiskaljahr 2008 dargestellt. Zudem wird eine individualisierte Aufschlüsselung der Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgenommen.

Der Vergütungsbericht ist mit seiner Darstellung des Vergütungssystems im Konzernlagebericht ab Seite 20 und mit den personifizierten Angaben zu den Bezügen des Vorstands und des Aufsichtsrats im Konzernanhang ab Seite 83 des Geschäftsberichts enthalten.

## **Bilanzierung**

Die Bilanzierung der Konzernabschlüsse erfolgt für das Geschäftsjahr 2008 für die Holding und für die LBB nach den International Accounting Standards (IAS) beziehungsweise den International Financial Reporting Standards (IFRS). Die Einzelabschlüsse der Holding und der LBB werden gemäß den Vorschriften des HGB erstellt.

Zu den Konzern- und Jahresabschlüssen gehört jeweils auch ein ausführlicher Risikobericht, der über die Risikolage und das Risikocontrolling der Gesellschaft informiert. Dieser ist den Seiten 37 bis 71 zu entnehmen.

## **Finanzpublizität**

Aktionäre und interessierte Öffentlichkeit werden regelmäßig über die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Holding informiert. Neben dem Jahresabschluss werden Zwischenberichte in Form von Halbjahres- und Quartalsfinanzberichten veröffentlicht. Sämtliche kursrelevanten Unternehmensnachrichten werden als Ad-hoc-Mitteilungen publiziert. Zur zeitnahen und möglichst gleichzeitigen Information von Aktionären, Aktionärsvertretern, Analysten und Medien, auch über die wesentlichen Finanztermine, wird vorwiegend das Internet genutzt. Dort sind unter der Rubrik „Investor Relations“ auch die Geschäfts- und Zwischenberichte sowie weitere Informationen von grundsätzlicher Bedeutung zu finden.

## **Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex**

Gemäß der Fortentwicklung des Deutschen Corporate Governance Kodex zum 6. Juni 2008 haben Vorstand und Aufsichtsrat der Holding die Entsprechenserklärung der Holding aktualisiert und im Dezember 2008 abgegeben.

Abweichend von den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in Ziffer 7.1.2 konnte der Konzern die Anforderung, den Konzernabschluss binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich zu machen, für das Geschäftsjahr 2007 noch nicht erfüllen. Für das Geschäftsjahr 2008 erfolgt die Veröffentlichung des Konzernabschlusses der Landesbank Berlin Holding binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende.

Der Aufsichtsrat hält die Bildung eines Nominierungsausschusses, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist und dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt, angesichts der Besetzung des Aufsichtsrates auf der Anteilseignerseite derzeit für nicht notwendig. Die Anteilseignervertreter behandeln die vom DCGK für den Nominierungsausschuss

empfohlenen Themen gemeinsam. Hierdurch wird auch ohne Errichtung eines separaten Ausschusses gewährleistet, dass der Aufsichtsrat seine Aufgabe zur Auswahl neuer Aufsichtsratsmitglieder qualifiziert erfüllen kann.

Der im Jahr 2007 gestellte Antrag auf gerichtliche Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseignervertreter war nicht bis zur nächsten Hauptversammlung befristet, um die Kontinuität der Aufsichtsratsarbeit nach dem Abschluss der Restrukturierung und der Privatisierung sicherstellen zu können.

Der Aufsichtsrat hat sich dafür entschieden, auf den dividendenabhängigen Teil der Aufsichtsratsvergütung zu verzichten, denn die Dividendenhöhe ist nach seiner Ansicht kein Maßstab für die Qualität einer verantwortungsvollen Aufsichtsratsarbeit. Eine daran ausgerichtete Vergütung erscheint daher als nicht zweckmäßig. Einen angemessenen Ausgleich für höheren Arbeitseinsatz und die Übernahme gesteigerter Verantwortung stellen die zusätzlichen Vergütungskomponenten für die Tätigkeit in Ausschüssen und die Übernahme von Vorsitz und Stellvertretung in den Aufsichtsratsgremien ausreichend dar. Für eine verantwortungsvolle Aufsichtsratsarbeit ist aus dieser Sicht daher eine zusätzliche erfolgsabhängige Vergütung nicht zielführend.

Bei dem Abschluss oder der Verlängerung von Vorstandsverträgen wird nicht in jedem Fall in den Vertrag ein Abfindungs-Cap des Inhalts aufgenommen, dass bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, ohne dass ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, Abfindungszahlungen der Höhe nach auf zwei Jahresvergütungen einschließlich Nebenleistungen begrenzt sind. Durch die generelle Vereinbarung von Abfindungs-Caps wird die Möglichkeit genommen, die Umstände des jeweiligen Einzelfalls bei Vertragsabschlüssen oder -verlängerungen zu berücksichtigen. Daher soll stattdessen jeweils im Einzelfall entschieden werden, ob ein Abfindungs-Cap vereinbart wird.

Vor diesem Hintergrund wurde die aktualisierte Entsprechenserklärung mit Stand Dezember 2008 auf der Internetseite der Bank veröffentlicht.

Die auf der Grundlage des DCGK in der Fassung vom 6. Juni 2008 abgegebene Entsprechenserklärung von Vorstand und Aufsichtsrat nach § 161 AktG hat folgenden Wortlaut:

"§ 1 Die Landesbank Berlin Holding AG entsprach/entspricht sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit den unter § 2 genannten Ausnahmen.

§ 2 Von folgenden Empfehlungen des Kodex weicht die Landesbank Berlin Holding AG ab:

- (a) Die Anforderung, den Konzernabschluss binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich zu machen, konnte der Konzern in der Vergangenheit noch nicht erfüllen. In der Zukunft soll diese Anforderung erfüllt werden (Ziff. 7.1.2 DCGK).
- (b) Der Aufsichtsrat bildet keinen Nominierungsausschuss, der ihm für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Kandidaten vorschlägt (Ziff. 5.3.3 DCGK).
- (c) Die Amtszeit der durch Beschluss des Amtsgerichts Charlottenburg vom 30.08.2007 bestellten Aufsichtsratsmitglieder der Landesbank Berlin Holding AG war nicht bis zur Hauptversammlung des Folgejahres befristet (Ziff. 5.4.3 DCGK).
- (d) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine erfolgsabhängige Vergütung (Ziff. 5.4.6 DCGK).
- (e) Bei dem Abschluss von Vorstandsverträgen wird nicht in jedem Fall in den Vertrag ein Abfindungs-Cap des Inhalts aufgenommen, dass bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, ohne dass ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, Abfindungszahlungen der Höhe nach auf zwei Jahresvergütungen einschließlich Nebenleistungen begrenzt sind (Ziff. 4.2.3 DCGK)."

Vorstand und Aufsichtsrat

der Landesbank Berlin Holding AG

## **Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns 2008**

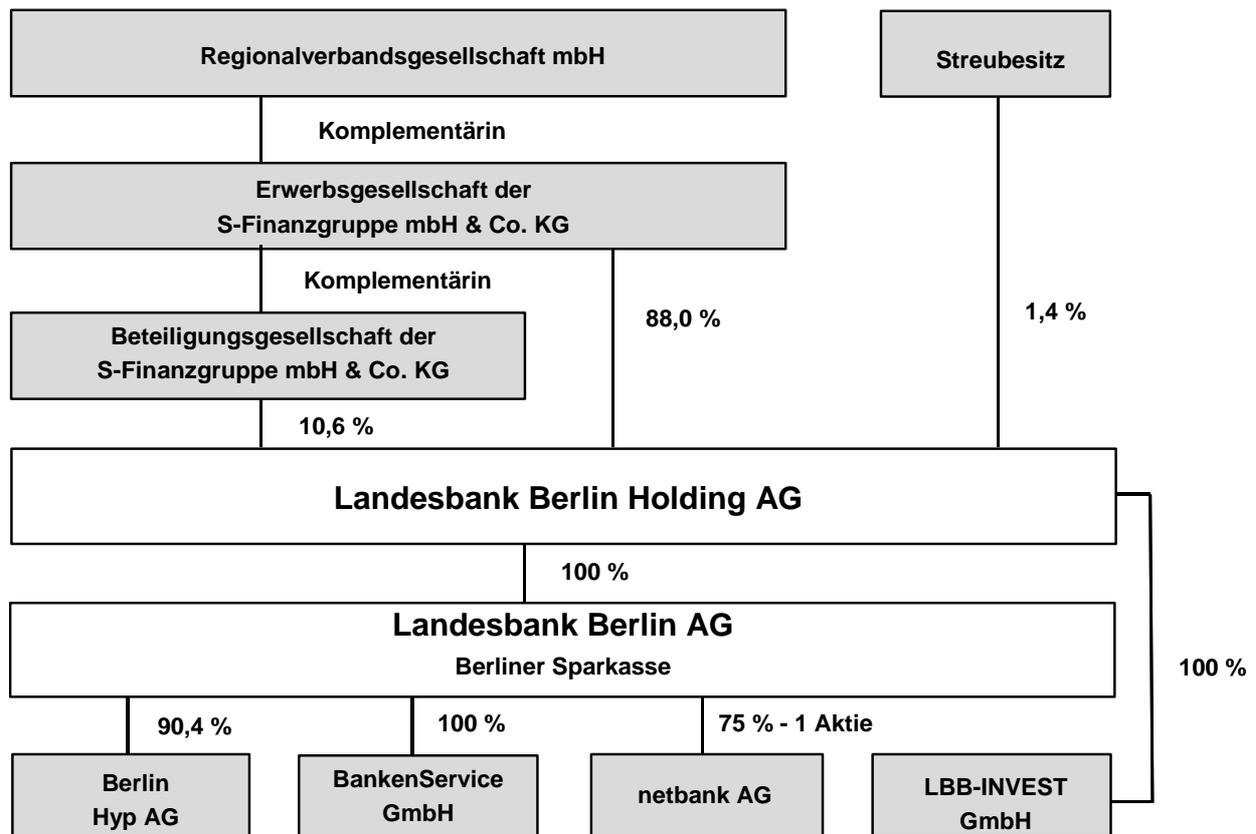
Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung am 9. Juni 2009 gemeinsam vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 13.206 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

# Das Geschäftsjahr 2008 im Überblick

## Unternehmensdarstellung

### Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Einordnung der Landesbank Berlin Holding AG stellt sich zum 31. Dezember 2008 wie folgt dar:



- Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin. Sie ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft und eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) mit Sitz in Berlin. Mehrheitsaktionärin ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 88,0%. Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft), die seit dem 1. Januar 2008 10,6% der Anteile hält. Insgesamt betragen die Anteile der S-Erwerbsgesellschaft einschließlich der Anteile der S-Beteiligungsgesellschaft zum 31. Dezember 2008 somit 98,6%. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft

---

mbH die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft.

- Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist ein 100 %iges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG.
- Die LBB hält die wichtigen strategischen Beteiligungen des Konzerns, insbesondere die Anteile an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), an der Banken-Service GmbH (BankenService) und an der netbank AG (netbank). Sie unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg. Die Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST) wurde mit dinglicher Wirkung zum 31. Dezember 2008 / 1. Januar 2009 von der LBB an die Holding übertragen.

Die Holding ist wie folgt organisiert:

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder und die sie unterstützenden Corporate Center gegliedert. Die Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Zu den Einheiten der Corporate Center zählen z. B. Informationstechnologie, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Die Marktfolge, inklusive der kompletten Bearbeitung des Kreditgeschäfts, ist zu einem großen Teil beim BankenService der LBB gebündelt. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

<b>Landesbank Berlin</b>			
Private Kunden	Firmenkunden	Kapitalmarktgeschäft	Immobilienfinanzierung
Corporate Center			
Marktfolge			

---

## **Vorstand und Ressortverteilung**

Der Vorstand der Holding setzt sich zum 31. Dezember 2008 aus den Herren Hans-Jörg Vetter und Dr. Thomas Veit zusammen.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorungsvertrages zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren im Geschäftsjahr 2008 wie folgt geregelt:

### **Hans-Jörg Vetter**

(Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Unternehmensentwicklung

Personal

Revision

Recht

### **Dr. Thomas Veit**

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Immobilienfinanzierung

Finanzen

Organisation

Informationstechnologie

### **Serge Demolière**

Landesbank Berlin AG

Kapitalmarktgeschäft

### **Dr. Johannes Evers**

Landesbank Berlin AG

Private Kunden

---

**Hans Jürgen Kulartz**

Landesbank Berlin AG

Firmenkunden

**Martin K. Müller**

Landesbank Berlin AG

Risiko und Controlling

Compliance

Kreditgeschäft

Risikobetreuung

BankenService GmbH

---

## **Allgemeiner Verlauf im Überblick**

### ***Wirtschaftliche Rahmenbedingungen***

Nach einer insgesamt guten ersten Jahreshälfte trübte sich die Wirtschaftslage in Deutschland zum Herbst 2008 erheblich ein. Zum Jahresende befand sich die Gesamtwirtschaft in einer tiefen Rezession. Die Absatzchancen auf den Exportmärkten für deutsche Produkte verschlechterten sich, und auf dem Binnenmarkt kam der Konsum aufgrund des starken Kaufkraftschwunds kaum in Gang. Eine Verbesserung der Lage zeichnete sich zum Ende des Jahres 2008 nicht ab. Die Privathaushalte setzten die insgesamt langsamer gestiegenen Lebenshaltungskosten nicht in zusätzliche Ausgaben um, da sie ihre Beschäftigungsaussichten zunehmend pessimistisch beurteilten.

Die Krise an den internationalen Finanzmärkten nahm im dritten Quartal des vergangenen Jahres an Intensität zu, so dass umfangreiche Garantie- und Stabilisierungsmaßnahmen der staatlichen Institutionen für das Finanzsystem eingeleitet wurden. Namentlich die Insolvenz von Lehman Brothers hatte zu einer Neubewertung von Ausfallrisiken auch systemrelevanter Adressen geführt, in deren Folge gängige Refinanzierungsquellen weitgehend versiegten und eine Reihe größerer Marktteilnehmer illiquide wurde. Die Wertabschläge in nahezu allen Asset-Klassen belasteten die Ertragsrechnungen im Finanzgewerbe durchgreifend.

Mit dem vierten Quartal verzeichneten die Volkswirtschaften in den wichtigsten Industriestaaten einen stark beschleunigten Abwärtstrend. Weltweit standen die Finanzdienstleister unter starkem Druck, Risiken abzubauen und ihre Bilanzen zu restrukturieren. In den USA und einigen europäischen Ländern zwang der beschleunigte Wertverfall bei Wohnimmobilien die Verbraucher zu verstärkten Sparanstrengungen. In wichtigen Schwellenländern gerieten die exportorientierten Wachstumsstrategien auf den Prüfstand. In einigen Fällen kam es zum Rückzug ausländischer Anleger. Insgesamt wurde die Investitionstätigkeit in diesem Länderkreis zunehmend beeinträchtigt.

Im Inland wie im Ausland passten die Banken ihre Kreditvergabebedingungen der Marktlage an. Allerdings ist es hierzulande in den Vorjahren weder bei Unternehmen noch den Privathaushalten zu Übertreibungen gekommen. Die Wirkungen auf den Investitionszyklus hielten sich dementsprechend zunächst noch in Grenzen.

---

In der Berliner Wirtschaft zeigten sich ebenfalls Bremsspuren. Im Gesamtjahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr zwar noch um 1,6 %. Im Tourismus gingen die Zuwachsraten jedoch zurück, und im Exportgeschäft waren sogar Einbußen hinzunehmen. Die Region profitiert aber von den in den Vorjahren gefestigten wirtschaftlichen Strukturen. So hebt sich die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen weiterhin positiv vom Bundesdurchschnitt ab. Zudem sorgt auch die anhaltend gute Auftragslage im Baugewerbe noch für Wachstumsimpulse.

Den Belastungen in der Finanzwirtschaft konnte sich auch die Holding nicht entziehen. Vor allem das Kapitalmarktgeschäft litt unter dem schwierigen Umfeld und hatte erhebliche Wertkorrekturen zu verkraften. Die erfreuliche Entwicklung im Kundengeschäft sowie ein weiterhin gutes Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung unterstreichen die gute Positionierung der Bank im Marktumfeld.

Das Geschäftsmodell mit vier strategischen Geschäftsfeldern erweist sich in einer Krise außergewöhnlicher Art als besonders tragfähig.

### ***Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung***

Die LBB setzte auch im Jahr 2008 Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten und Verbesserung der Ergebnisstruktur konsequent um.

Im **Geschäftsfeld Private Kunden** bewährten sich die auf Ertragssteigerung gerichteten Maßnahmen auch in dem schwierigen Umfeld des abgelaufenen Geschäftsjahres. Die in den vergangenen Jahren aufgebaute Prozesseffizienz und die konsequente Konzentration auf die Kundenbedürfnisse förderten das erforderliche Vertrauen der Kunden in die Berliner Sparkasse. Die konsequente Umsetzung ihres Qualitäts- und Serviceverständnisses wurde zum Beispiel bestätigt durch einen führenden Platz der Berliner Sparkasse in der Untersuchung des Deutschen Instituts für Service-Qualität über die Beratung von 15 Kreditinstituten zur Altersvorsorge. Die Überarbeitung des Kernproduktes Girokonto war ein weiterer Schritt, um die führende Marktstellung zu sichern.

Im Jahr 2008 wurde die Qualitätsstrategie im **Geschäftsfeld Firmenkunden** weiter ausgestaltet. Mit einem wertorientierten Steuerungsansatz sowie fortgesetzten Prozessoptimierungen standen hohe Qualitätsansprüche bei der Kundenbetreuung sowie die Verbesserung der Kundenbindung und Marktdurchdringung im Mittelpunkt. Das differenzierte Betreuungskon-

---

zept mit klarer Kundensegmentierung und einem innovativen Vertriebswegemix aus BusinessLine, FirmenkundenCentern und Direktionen Firmenkunden hat sich bewährt. Die Ausgestaltung strukturierter Beratungsprozesse, die weitere Optimierung des Service- und Leistungsangebotes und dessen Ausrichtung auf die jeweiligen Nachfrageprofile der Kunden führten erneut zu einem stabilen Beitrag zum Konzernergebnis. Die Landesbank Berlin verfügt für zwei komplette Vertriebswege (BusinessLine, FirmenkundenCenter) über ein TÜV-Zertifikat für geprüfte Service- und Beratungsqualität. Dies untermauert den hohen Anspruch an Qualität und Leistung im Firmenkundengeschäft.

Das **Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft** war im gesamten Jahr 2008 geprägt vom Ausmaß und Verlauf der Krise an den internationalen Finanzmärkten. Die Aktivitäten und Strategien in den einzelnen Bereichen der Geschäftsfelder wurden plangemäß weiterentwickelt. Neuengagements, insbesondere in Treasury und Trading sowie im Internationalen Geschäft, wurden aufgrund des Marktumfelds jedoch sukzessive kritischer beurteilt und teilweise auch eingestellt.

Die Aktivitäten in der Emission und Distribution speziell strukturierter Produkte hat die Landesbank Berlin fortgeführt. Durch die Eskalation der Finanzmarktkrise verzeichnete die Produktklasse Zertifikate aber deutliche Rückgänge. In der Folge wurde die Produktpalette an das veränderte Risikobewusstsein der Anleger angepasst. Der Bereich Client Business sieht sich auf dieser Basis für die nächsten Jahre gut positioniert.

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft hat 2008 Umfang und operative Sicherheit des Risikomanagements weiter erhöht. Zudem wurden neue Verfahren zur internen Steuerung entwickelt und eingeführt.

Das **Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung** hat im Jahr 2008 das Neugeschäft im Kernmarkt Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten unter Einhaltung strenger Risiko- und Rentabilitätsparameter trotz eines schwierigen Marktumfelds erfolgreich fortgesetzt. Weiterhin wurde die Vertriebskooperation in den Niederlanden zu einer Repräsentanz ausgebaut und durch einen eigenen Mitarbeiter besetzt. Daneben hat das Geschäftsfeld seine Vertriebsstruktur durch Neugliederung (Alte Bundesländer, Neue Bundesländer/Berlin, Ausland/Konsortialgeschäft) weiter optimiert. Für die Messung und Steuerung der Vertriebsleistung wurden neben den Neugeschäftsvolumina verstärkt wertorientierte Parameter herangezogen.

---

## **Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat**

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Landesbank Berlin Holding AG (Holding) sowie ihrer 100 %igen Tochtergesellschaft Landesbank Berlin AG (LBB) sind weitgehend personenidentisch besetzt. Die Mitglieder des Vorstands der Holding sind zugleich Mitglieder des Vorstands der LBB. Im Interesse der besseren Übersichtlichkeit erfolgt für beide Gesellschaften eine zusammengefasste Darstellung in Form des Vergütungsberichtes nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Daneben werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Der Vergütungsbericht berücksichtigt dabei für beide Gesellschaften die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und enthält die Angaben, die entsprechend dem deutschen Handelsrecht Bestandteil des Lageberichts nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB und des Anhangs nach § 285 S.1 Nr. 9 HGB sind.

### ***Vergütung des Vorstands***

Das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente wird vom Aufsichtsratsplenum beschlossen und regelmäßig überprüft. Für die Vorschläge zur Struktur sowie die Festlegung der Höhe der Vergütungsbestandteile ist der Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) zuständig. Dabei wird die Vergütung auf Basis einer Analyse festgesetzt, die die Einkommen zum Gegenstand hat, die in der eigenen Unternehmensgruppe und in vergleichbaren deutschen Kreditinstituten an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlt werden.

Die einzelnen, sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind für alle Mitglieder des Vorstands in den mit der LBB bestehenden Dienstverträgen geregelt.

Den Vorstand der Holding bilden der Vorstandsvorsitzende Herr Hans-Jörg Vetter und Herr Dr. Thomas Veit. Sie sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB. Unabhängig von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Vorstands-

---

dienstverträge, Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge von Herrn Hans-Jörg Vetter und Herrn Dr. Thomas Veit mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge der für beide Unternehmen tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 T€ je Vorstandsmitglied bzw. 6 T€ für den Vorstandsvorsitzenden. Entsprechend wurden von der Holding im Jahr 2008 132 T€ (Vorjahr: 132 T€) als Aufwandsersatz an die LBB erstattet.

Zugunsten der Organmitglieder der Holding und der LBB besteht eine pauschale Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände der Holding und der LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder ist dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende Director & Officers-Versicherung trägt die Holding.

In den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands sind für ihre Bezüge folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

Festes Jahresgehalt:

Das Festgehalt ist zahlbar in gleichen monatlichen Teilbeträgen. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom BPS-Ausschuss in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit überprüft. Kriterien sind dabei die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtgremiums sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds.

Die Vorstandsgehälter werden auf der Basis der Ertragslage des Konzerns fortentwickelt, wobei die allgemeinen Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigen sind und ein Vergleich mit der Struktur der Vorstandsbezüge anderer Kreditinstitute herangezogen wird. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht nicht.

---

### Jahressondervergütung:

Die Mitglieder des Vorstands erhalten für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine Jahressondervergütung (Tantieme), über die im Folgejahr Beschluss gefasst wird. Die Tantieme richtet sich in ihrer Höhe nach den Kriterien für das feste Jahresgehalt sowie nach der Entwicklung der Ergebnisse der Holding und der LBB und ist nach Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften in einer Summe zahlbar. Für jedes Vorstandsmitglied ist die Zahlung eines bestimmten Mindestbetrages garantiert. Der darüber hinausgehende Teil wird vom BPS-Ausschuss unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Parameter, insbesondere auf der Grundlage einer individuellen Leistungsbeurteilung, festgesetzt.

Weitere Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

### Sonstige Vergütungen:

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Dabei haben einige der Vorstandsmitglieder gemäß ihrem Dienstvertrag Anspruch auf die Übernahme der auf den geldwerten Vorteil zu zahlenden Steuern, der sich durch die private Nutzung des Fahrzeugs ergibt.

Gemäß seinem Vorstandsdienstvertrag hat Herr Martin K. Müller Anspruch auf die Zahlung der Beiträge für eine der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung entsprechende Versicherung durch den Arbeitgeber bis zur Hälfte des gesetzlichen Höchstsatzes.

### Gesamtvergütung:

Die Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2008 eine Vergütung (einschließlich erfolgsabhängiger Bestandteile) von insgesamt 6.861 T€ bezogen (Vorjahr: 7.496 T€). Hierin enthalten sind die für die Tätigkeit des Vorstands für das Geschäftsjahr 2008 garantierten Bestandteile der Jahressondervergütung in Höhe von 2.092 T€, die im Geschäftsjahr 2009 zur Auszahlung kommen (Vorjahr: 2.242 T€). Weiter sind in der Gesamtvergütung die erfolgsabhängigen Bestandteile der Jahressondervergütung für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 2.015 T€ enthalten, die im Jahr 2008 gezahlt wurden (Vorjahr: 2.325 T€). Die Höhe solcher Vergütungen kann für das Geschäftsjahr 2008 nicht verlässlich geschätzt werden.

---

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Versorgungszusagen:

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Hans-Jörg Vetter, Herrn Dr. Thomas Veit und Herrn Serge Demolière bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Johannes Evers, Herrn Hans Jürgen Kulartz und Herrn Martin K. Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Die Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge der Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstandsmitglieds veranlasst ist (§ 626 BGB). Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch Herrn Serge Demolière, Herrn Dr. Johannes Evers, und Herrn Hans-Jörg Vetter oder die LBB gekündigt werden. Herr Dr. Thomas Veit und Herr Hans Jürgen Kulartz können ab dem 62. Lebensjahr auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Martin K. Müller setzt die Zahlung des Ruhegehaltes im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der LBB ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich abhängig vom Lebensalter nach einem bestimmten Prozentsatz vom festen Jahresgehalt und erhöht sich um 2 % für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr. Für jedes Vorstandsmitglied ist vertraglich ein Höchstsatz vereinbart. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils der ruhegehaltsfähige Anteil der Festbezüge, der grundsätzlich 100 %, bei Herrn Serge Demolière 69 % beträgt.

---

Im Einzelnen:

	<u>Erworbener Versorgungsanspruch</u> <u>per 31.12.2008</u> [in %]	<u>Höchstsatz</u>  [in %]
Herr Demolière	49	60
Herr Dr. Evers	58	75
Herr Kulartz	56	75
Herr Müller	42	70
Herr Dr. Veit	52	60
Herr Vetter	58	60

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Herrn Hans-Jörg Vetter und Herrn Dr. Thomas Veit steht entsprechend ihren Dienstverträgen unter der Voraussetzung, dass über die künftige Geschäftspolitik unterschiedliche Auffassungen zwischen den Vorstandsmitgliedern einerseits und dem Aufsichtsrat oder dem Mehrheitsaktionär andererseits bestehen, die sich nicht beilegen lassen, ein Sonderkündigungsrecht zu. Endet der Dienstvertrag infolge einer Sonderkündigung, haben beide Herren Anspruch auf die Zahlung der jeweils bis zum Ende der Vertragslaufzeit noch ausstehenden Bezüge.

Mit Herrn Martin K. Müller wurde im Januar 2009 ein neuer Dienstvertrag geschlossen, der eine Anpassung des ruhegehaltsfähigen Grundgehaltes mit Wirkung zum 1. Januar 2009 zum Inhalt hat.

Im Jahr 2008 wurden für Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Vorstands 1.070 T€ zurückgestellt (Vorjahr: 1.455 T€). Der Teilwert der für den Vorstand gebildeten Pensionsrückstellungen betrug zum Bilanzstichtag 9.043 T€ (Vorjahr: 7.973 T€).

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestanden zum 31. Dezember 2008 Haftungsverhältnisse im Volumen von insgesamt 344 T€ (Vorjahr: 388 T€).

Ferner wurden im vergangenen Geschäftsjahr Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder

---

deren Hinterbliebene von insgesamt 8.046 T€ gezahlt (Vorjahr: 6.160 T€). Hierin enthalten sind Nachzahlungen an ein ehemaliges Organmitglied für mehrere Jahre.

Der Teilwert der für diese Personengruppe zum Bilanzstichtag gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen beträgt 65.017 T€ (Vorjahr: 66.612 T€).

Hierbei ist zu beachten, dass diese Vergütungen bzw. Rückstellungen neben denen der LBB jeweils auch die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Holding betreffen. Dies beruht, wie oben dargestellt, darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der Holding auf die LBB auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden ebenfalls auf die LBB übertragen.

### ***Vergütung des Aufsichtsrats***

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der jeweiligen Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem langfristigen Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Holding jährlich eine feste Vergütung. Eine gesonderte, an den Erfolg des Unternehmens gekoppelte Vergütung, ist für den Aufsichtsrat der Holding nicht mehr vorgesehen. Eine entsprechende Satzungsänderung wurde in der Hauptversammlung am 4. Juli 2008 beschlossen.

Die für den Aufsichtsrat der LBB geltenden Vergütungsregeln sind in § 11 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder jährlich eine feste Vergütung, eine gesonderte, an den Erfolg des Unternehmens gekoppelte Vergütung, ist für den Aufsichtsrat der LBB nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

---

Im Einzelnen ist die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wie folgt geregelt:

- Feste Jahresvergütung:

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung von 15.000,- € bzw. bei der LBB in Höhe von 10.500,- €.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.

- Ausschussvergütung:

Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses des jeweiligen Aufsichtsrates sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der LBB erhalten zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,- €, die Vorsitzenden erhalten jeweils 15.000,- €, die Stellvertreter jeweils 12.500,- €. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,- €, die Vorsitzenden dieser Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,- €.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht.

Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Wie oben bezüglich des Vorstands dargestellt, besteht auch zugunsten der Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB eine angemessene Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex jeweils ein Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegende D & O-Versicherung trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit nach Ablauf des Geschäftsjahres.

- Aufsichtsrat LBB Holding AG:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding sind an die Mitglieder dieses Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2008 Gesamtbezüge in Höhe von 389 T€ zu zahlen (Vorjahr: 374 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

---

- Aufsichtsrat LBB AG:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB sind an die Mitglieder dieses Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2008 Gesamtbezüge in Höhe von 268 T€ zu zahlen (Vorjahr: 251 T€), jeweils ohne Umsatzsteuer.

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter.

Mitglieder des Aufsichtsrats haben von der LBB im Berichtsjahr Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2008 insgesamt im Volumen von 2 T€ (Vorjahr: 98 T€).

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Holding oder der LBB nicht gezahlt bzw. gewährt.

---

## **Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB**

### Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 nennbetragslose Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber und gewähren jeweils eine Stimme. Die weiteren Rechte und Pflichten der Aktionäre ergeben sich im Einzelnen aus den gesetzlichen Regelungen, insbesondere aus den §§ 12, 53a ff., 118 ff. und 186 AktG.

### Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, soweit sie dem Vorstand bekannt sind

Die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin (Käuferin) hat sich bei Erwerb ihrer Aktien (808.996.446 Stimmrechte entsprechend einem Stimmrechtsanteil von 80,95 %) gegenüber dem Land Berlin (Verkäufer) verpflichtet, das Eigentum an den erworbenen Aktien für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren nach dem 8. August 2007 nicht auf eine andere Person zu übertragen, es sei denn, bei dieser Person handelt es sich um ein verbundenes Unternehmen der Käuferin im Sinne des § 15 AktG oder ein anderes Mitglied der S-Finanzgruppe, und diese Person (und ggf. alle weiteren mit der Käuferin verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG bzw. andere Mitglieder der S-Finanzgruppe, auf welche Verkäufer-Aktien übertragen werden) übernimmt gegenüber dem Verkäufer ebenfalls diese vertragliche Verpflichtung.

Das Stimmrecht der Aktionäre ist, von folgenden Ausnahmen abgesehen, weder durch ein Gesetz noch durch die Satzung beschränkt. In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Gesellschaft eigene Aktien in ihrem Bestand hält, können daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden.

### Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach den der Gesellschaft vorliegenden Stimmrechtsmitteilungen gemäß § 21 Abs. 1 S. 1 und Abs.1a WpHG hält die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, unmittelbar 88,0 % der Stimmrechte; sie wird durch ihre alleinige Komplementärin, die

---

Regionalverbandsgesellschaft mbH, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, vertreten, welcher die Stimmrechte gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind. Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, hält unmittelbar 10,6 % der Stimmrechte, sie wird durch die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, vertreten, so dass auch deren Stimmrechte mittelbar der Regionalverbandsgesellschaft mbH, Schloss Neuhardenberg, Schinkelplatz, 15320 Neuhardenberg, Bundesrepublik Deutschland, gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind.

#### Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Die Gesellschaft hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben.

#### Sonderrechte die Kontrollbefugnisse verleihen

Die Arbeitnehmer der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften sind nicht in einer Weise am Kapital beteiligt, dass eine indirekte Ausübung von Kontrollrechten durch die Arbeitnehmer stattfindet. Da die Aktien der Gesellschaft Inhaberaktien sind, liegen der Gesellschaft keine detaillierten Angaben über ihre Streubesitzaktionäre und damit einen eventuellen privaten Aktienbesitz von Arbeitnehmern vor.

#### Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über Änderungen der Satzung

Für die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands gelten die §§ 84 und 85 AktG. Gemäß § 6 Abs. 1 der Satzung wird die Anzahl der Mitglieder vom Aufsichtsrat bestimmt, er besteht mindestens aus zwei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat bestellt die Vorstandsmitglieder auf höchstens fünf Jahre. Gemäß § 31 MitbestG ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit des Aufsichtsrats erforderlich. Die Landesbank Berlin Holding AG ist eine Finanzholdinggesellschaft im Sinne des § 1 Abs. 3a KWG, gemäß § 2d KWG müssen die Mitglieder des Vorstands zuverlässig sein und die zur Führung der Geschäfte erforderliche fachliche Eignung haben. Die Satzung enthält keine weiteren Bestimmungen.

---

Gemäß § 16 Abs. 3 der Satzung werden die Beschlüsse der Hauptversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt. Für die Änderung der Satzung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften der §§ 179 ff. AktG. Nach § 12 Abs. 3 der Satzung ist der Aufsichtsrat zu Änderungen der Satzung, die nur die Fassung betreffen, befugt.

#### Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Die Hauptversammlung vom 23. August 2007 hatte die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2008 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen. Unter Aufhebung dieses Beschlusses hat die Hauptversammlung vom 4. Juli 2008 die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2009 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu kaufen und zu verkaufen.

Beide Beschlüsse ergingen jeweils unter den Bedingungen, dass die Erwerbspreise den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorausgegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten dürfen und der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen darf.

Daneben bestand gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 23. August 2007 bis zum 30. September 2008 die Befugnis zum Erwerb eigener Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Unter Aufhebung dieses Beschlusses hat die Hauptversammlung vom 4. Juli 2008 die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2009 eigene Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu erwerben.

Beide Beschlüsse ergingen jeweils unter den Bedingungen, dass der Kaufpreis je Aktie den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft in der Schlussauktion im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten darf und insgesamt aufgrund dieser Ermächtigung nur Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals erworben werden dürfen. Zusammen mit

---

den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigungen erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Vorstand wurde jeweils ermächtigt, Aktien, die aufgrund der vorstehenden Ermächtigung erworben werden, ganz oder in Teilen, in letzterem Fall auch durch mehrfache Ausübung der Ermächtigung, einzuziehen, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Er kann dabei vorsehen, dass sich durch die Einziehung der Anteil der übrigen Aktionäre am Grundkapital erhöht. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung anzupassen.

Von den Befugnissen aus den o.g. vier Beschlüssen wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

#### Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen

Es gibt keine wesentlichen Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels im Falle eines Übernahmeangebots stehen.

#### Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern

Es sind keine Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder den Arbeitnehmern getroffen worden. Im Übrigen wird auf den Abschnitt „Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat“ verwiesen.

---

## Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2008

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2008 war durch die Verlustübernahme zu Gunsten der LBB geprägt.

### Ertragslage

Ergebnis in Mio. €	2008	2007	Veränderung 2008 – 2007	
			Mio. €	%
Beteiligungsergebnis	-38	50	-88	<-100
Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	-7	10	-17	<-100
Zinsergebnis	13	18	-5	-27,8
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-32</b>	<b>78</b>	<b>-110</b>	<b>&lt;-100</b>
Ertragsteuern	-36	-37	1	2,7
sonstige Steuern	3	-1	4	>100
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>1</b>	<b>116</b>	<b>-115</b>	<b>-99,1</b>

Das **Beteiligungsergebnis** wird durch die Verlustübernahme zu Gunsten der LBB geprägt.

Im **Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge** sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

In der Position **Ertragsteuern** sind neben laufendem Steueraufwand Erträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen ausgewiesen, die nach Abschluss von Betriebsprüfungen erfolgen konnten.

## Vermögenslage

Aktiva in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung 2008 – 2007	
			Mio. €	%
Anlagevermögen				
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	2.958	2.808	150	5,3
Umlaufvermögen				
Forderungen	35	121	-86	-71,1
sonst. Vermögensgegenstände	79	69	10	14,5
<b>Summe Aktiva</b>	<b>3.072</b>	<b>2.998</b>	<b>74</b>	<b>2,5</b>

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2007 ist die **Bilanzsumme** nahezu unverändert mit 3,1 Mrd. €. Der leichte Anstieg ist auf den Zugang der LBB Invest unter den Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen zurückzuführen.

In den **Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen** sind die Anteile an der LBB mit 2.807 Mio. € enthalten.

Die **Forderungen** bestehen fast ausschließlich gegenüber der LBB.

Passiva in Mio. €	31.12.2008	31.12.2007	Veränderung 2008 – 2007	
			Mio. €	%
Eigenkapital	2.741	2.840	-99	-3,5
davon:				
- gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	0,0
- Rücklagen	173	172	1	0,6
- Bilanzgewinn	13	113	-100	-88,5
Rückstellungen	142	155	-13	-8,4
Verbindlichkeiten	189	3	186	>100
<b>Summe Passiva</b>	<b>3.072</b>	<b>2.998</b>	<b>74</b>	<b>2,5</b>

Der **Bilanzgewinn** enthält neben dem Jahresüberschuss auch einen Gewinnvortrag aus 2007 in Höhe von 12,6 Mio. €.

Die **Rückstellungen** bestehen ganz überwiegend aus Steuerrückstellungen.

In den **Verbindlichkeiten** sind der Verlustausgleichsanspruch der LBB (39 Mio. €) und die Verbindlichkeit aus dem Erwerb der LBB-INVEST (150 Mio. €) ausgewiesen.

---

## **Finanzlage**

Eine Darstellung zur Steuerung der Liquidität sowie der Auslastung der Kennziffer in der LBB nach der Liquiditätsverordnung sind im Risikobericht enthalten.

---

## Ereignisse nach dem 31. Dezember 2008

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes zahlreicher Finanzinstrumente wurde zum 31. Dezember 2008 auf die Anwendung von Bewertungsmodellen zurückgegriffen, da es aufgrund der extremen Marktsituation, die wesentlich durch nicht aktive Märkte gekennzeichnet ist, in diesen Fällen faktisch unmöglich war, den beizulegenden Zeitwert aufgrund von notierten Preisen beziehungsweise anhand von Schätzungen auf Basis von jüngsten Transaktionen oder aktuell verfügbaren Marktkursen zu bestimmen. Weitestgehend und soweit verfügbar wurden beobachtbare Marktdaten verwendet.

Unsere Einschätzung zur vorliegenden besonderen Marktsituation, die dominiert war durch stark nachlassende Handelsaktivitäten, teils sogar durch völlige Umsatzlosigkeit sowie eine gestiegene Volatilität, begleitet von einem Anstieg der Credit Spreads, ist unverändert. Trotz erkennbar erhöhter Aktivitäten am Primärmarkt sind die Finanzmärkte unverändert gestört. Wir sehen ein immer noch geringes Marktvolumen am Sekundärmarkt, eine hohe Geld-Brief-Spanne, eine geringe Bereitschaft zur Durchführung von tatsächlichen Transaktionen und Quotierungen verschiedener Anbieter, die teils stark voneinander abweichen und in sich widersprüchlich waren. Dies lässt keine beziehungsweise lediglich indikative Preisnotierungen erkennen. Die Märkte in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die bisher beobachtbaren Emissionsaktivitäten, sind zudem stark von staatlichen Rettungsmaßnahmen geprägt, die nur zu begrenzten Markteinschätzungen herangezogen werden können.

Der mit Vertrag vom 1. Oktober 2008 erfolgte Verkauf des Privatkundengeschäfts der Luxemburger Tochtergesellschaft Landesbank Berlin International S.A. wurde im Januar 2009 durch Erhalt der Kaufpreiszahlung und Übertragung der Vermögenswerte und Verpflichtungen abgeschlossen.

---

## **Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG**

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2008 abgegeben. Die Schlusserklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, der Regionalverbandsgesellschaft mbH und mit ihnen verbundenen Unternehmen eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.“

---

## Risikobericht

Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) nimmt als Konzernobergesellschaft im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100 %igen Beteiligung an der Landesbank Berlin AG (LBB).

Aufgrund der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind, resultiert die weitgehende Übereinstimmung der Risiken der LBB und der Holding.

Die LBB musste in Folge der im September 2008 eingetretenen dramatischen Verschärfung der internationalen Finanzkrise ihre Erwartungen für das Geschäftsjahr 2008 revidieren.

Seit Mitte September 2008 haben sich die Rahmenbedingungen für Kreditinstitute weltweit mit bisher unbekannter Dynamik nachhaltig verschlechtert, so dass umfangreiche Garantie- und Stabilisierungsmaßnahmen der staatlichen Institutionen für das Finanzsystem eingeleitet wurden. Namentlich die Insolvenz von Lehman Brothers führte zur Neubewertung von Ausfallrisiken auch systemrelevanter Adressen, in deren Folge gängige Refinanzierungsquellen weitgehend versiegt und eine Reihe größerer Marktteilnehmer illiquide wurde. Diesen Marktverwerfungen im Jahr 2008 konnte sich die LBB nicht entziehen. Sie führten insgesamt zu spürbaren Belastungen und setzten unsere Methoden, Verfahren und Systeme zum Risikomanagement im Berichtsjahr einer harten Bewährungsprobe aus. Auch unter diesen extremen Bedingungen haben unsere Prozesse des Risikomanagements im Wesentlichen ihre Angemessenheit gezeigt. Auf dieser Basis wurden Steuerungsmaßnahmen initiiert, die jedoch im Umfeld funktionsgestörter Kapitalmärkte Bewertungsverluste (bei strukturierten Produkten, Verbriefungstransaktionen sowie insbesondere bei Finanzwerten) und Wertberichtigungen nicht verhindern konnten. Die Risikotragfähigkeit der LBB war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach unseren internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht gegeben.

---

## **Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling**

Das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risiken unter Beachtung renditeorientierter Vorgaben ist integraler Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung des Konzerns. Die Risiko-steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der in der Risikostrategie und dem Risikohandbuch festgehaltenen Risikopolitik des Vorstands.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geschäftsstrategischen Rahmenbedingungen und Grundsätzen ab und gestaltet diese mit Blick auf die Übernahme von Risiken. Hierzu zählt die Festlegung konzerneinheitlicher Methoden und Verfahren der Risikomessung. Ebenso haben alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methode messbar sind.

Das Risikohandbuch, welches den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

## **Gesamtrisikosteuerung**

Die ganzheitliche Risikosteuerung der LBB erfolgt durch den Vorstand der LBB. Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risiko und Controlling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement). Anhand des Reports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, diskutiert der Vorstand monatlich die Gesamt-Risiko- und Ertragslage und prüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

---

Inhaltlich werden im Konzern folgende Risikoarten unterschieden:

- Adressenausfallrisiken (inkl. Anteilseignerrisiken),
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken (Cashflow und Fair Value), Währungsrisiken, Aktienkursrisiken,
- Immobilienrisiken,
- Operationelle Risiken,
- Sonstige Risiken / Restrisiken.

Die Risikoarten werden in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt. Die nicht-monetären Risiken (z.B. das Liquiditätsrisiko und das strategische Risiko) werden qualitativ gesteuert. Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller Vermögenswertverluste, die noch nicht berücksichtigt sind, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen. Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept (interner Konsolidierungskreis), das regelmäßig überprüft wird.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtrisiko sowie dem Krisenszenario auf Gesamtbankebene gegenübergestellt wird.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt. Darüber hinaus wird der Wegfall jeglicher Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten als ein Krisenszenario auf

---

Gesamtebene definiert. Im Berichtsjahr wurden die Szenariobetrachtungen auf Konzernebene für die einzelnen Risikoarten weiterentwickelt und in das Reporting integriert.

### ***Interne Kapitaladäquanz***

Um die Gesamtbanksteuerung noch effektiver zu gestalten, wird Risikokapital auf Gesamtebene und für die Geschäftsfelder festgelegt. Das Risikokapital existiert zusätzlich zu den bereits bestehenden Limiten und fungiert als von den strategischen Zielen abgeleitete Beobachtungsgrenze. So können bei Annäherung an diese Grenze bereits frühzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Das 2007 eingeführte Kapitalmanagement-Komitee koordiniert konzernweit Maßnahmen, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicherstellen. Hierzu wird die Entwicklung der Risikopositionen der wichtigsten Konzerngesellschaften und des Konzerns auf Basis der verabschiedeten Mittelfristplanung sowohl der internen (ökonomischen) als auch der bilanziellen und der regulatorischen Kapitalausstattung gegenübergestellt.

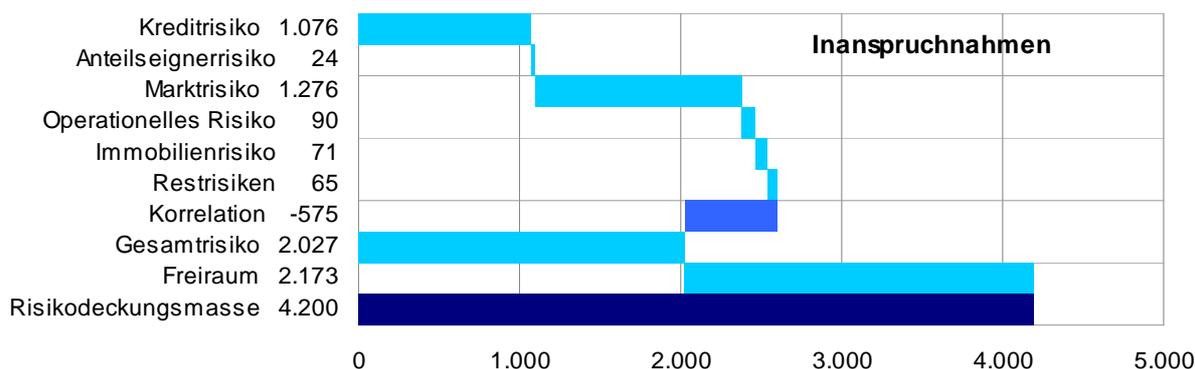
Die Zusammensetzung der internen Risikodeckungsmasse des Konzerns LBB Holding wurde 2008 neu definiert und wird nunmehr auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zusätzlich 70% des Nachrangkapitals bestimmt. Damit wird eine verbesserte und zeitnähere Abbildung der Risikosituation und der ihr gegenüberstehenden Vermögenswerte erreicht. Auf Basis der neuen, leicht reduzierten, Risikodeckungsmasse des Konzerns ist weiterhin Raum für strategiekonformes Neugeschäft vorhanden. Die Risikotragfähigkeit in Stresssituationen wie auch bei der theoretischen Vollauslastung des aktuellen Gesamtlimits ist gegeben. Die LBB verzichtet analog § 2a Abs. 6 KWG auf eine separate Risikotragfähigkeitsrechnung für das Einzelinstitut LBB als übergeordnetes Unternehmen der Gruppe nach § 25a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 KWG. Per 31. Dezember 2008 ergab sich auf Konzernebene eine Risikodeckungsmasse in Höhe von 4.200 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns betragen nach Feststellung per 31. Dezember 2008 4.511 Mio. €.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Auf Konzernebene gab es im Berichtsjahr auch im Zeitraum erhöhter Risikowerte im Zusammenhang mit der Finanzkrise jederzeit einen ausreichenden Freiraum zur Risikodeckungsmasse, sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch der gesetzten Limite.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2008 im Konzern wie folgt dar:

Inanspruchnahmen nach Risikoarten für den Konzern LBB Holding zum 31. Dezember 2008  
in Mio. €



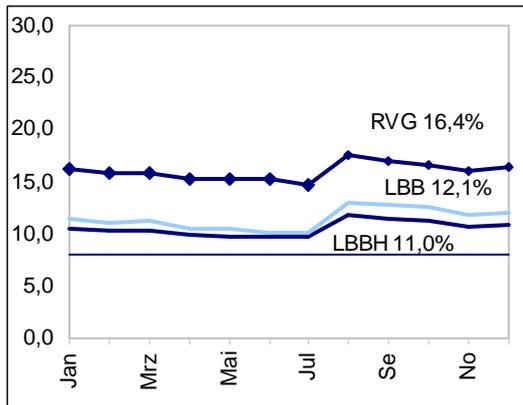
**Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)**

Durch den Erwerb der Holding durch die S-Erwerbsgesellschaft mit deren Gesellschaftern der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und dem DSGVO ö.K. (Kommanditist) im Jahr 2007 gehört die Holding aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen hier die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene der Holding und auf Ebene der RVG aus.

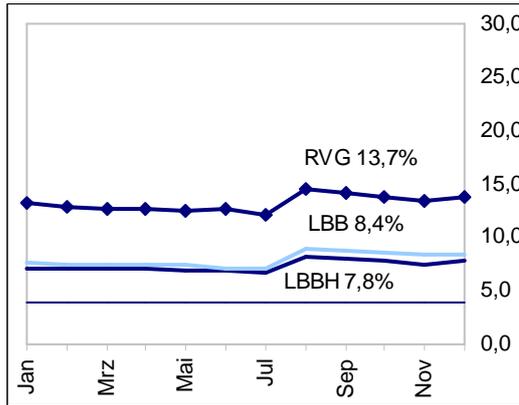
Der Konzern und die Teilbanken haben im Berichtsjahr die Meldungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) erstellt.

Die Berlin Hyp und die netbank berichten seit Jahresbeginn 2008 ebenfalls nach der SolvV. Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote beziehen sich auf die der Aufsicht zum jeweiligen Stichtag gemeldeten Werte. Per 31. Dezember 2008 werden die Werte nach Feststellung des Jahresabschlusses dargestellt.

**Gesamtkennziffer (SolV)**



**Kernkapitalquote (SolV)**



Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

In den Meldungen zur SolvV bis Juli 2008 wurde die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Quote (Gesamtkennziffer) unter Einbeziehung der zusätzlichen Eigenkapitalanforderung (Floor) gemäß § 339 SolvV vorgenommen. Dieser Floor resultierte im Wesentlichen aus der Skalierung der SolvV-Eigenmittelanforderung auf 90 % (Floor 2008) der Eigenmittelanforderung nach Grundsatz I.

Entsprechend der Auslegungsempfehlung der BaFin zur Berechnung und zum Ausweis des Floors hat die Bank ab September die Methode zur Berechnung der aufsichtsrechtlichen Quoten angepasst. Anpassungsbeträge aus der Parallelrechnung des Grundsatz I (Floor) werden nach dem neuen Verfahren nicht mehr einbezogen.

Die Floorbetrachtung wird als Nebenrechnung durchgeführt. Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 90 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird den Eigenmitteln der Bank gegenübergestellt. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung regelmäßig eingehalten.

---

## Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredites ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche, zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäftes bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken in der LBB basiert auf einer risikoadäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung wird im Wesentlichen auf Basis dieser Größe bestimmt.

Aufgrund der Orientierung am Risikogehalt der Positionen gibt es bei einigen Produkten quantitative Unterschiede zwischen dem Current Credit Exposure und der bilanziellen Sicht auf das Forderungsvolumen:

- Für Handelsgeschäfte inklusive Wertpapiere und Derivate wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken das Current Credit Exposure berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge (Add-Ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt.
- Eine Risikominderung entsteht durch Netting-Vereinbarungen sowie die Aufrechnung von Long- und Short-Positionen bei Emittentenrisiken oder durch Kompensationsvereinbarungen.
- Durchgereichte Förderkredite, die kein Risiko für die LBB darstellen, werden nicht einbezogen.

Das gesamte Current Credit Exposure der LBB betrug zum 31. Dezember 2008 79,8 Mrd. €. Dabei entfielen 24,9 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft, die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von 54,9 Mrd. € im Current Credit Exposure enthalten.

Der überwiegende Teil des Current Credit Exposure entfiel auf die Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft, Immobilienfinanzierung und Sonstige.

Neben dem Current Credit Exposure wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich auch nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposures sowie des Current Credit Exposures ergab sich für die LBB zum 31. Dezember 2008 folgende Aufteilung nach den Strategischen Geschäftsfeldern:

<b>Strategisches Geschäftsfeld</b>	<b>Credit Exposure</b>	<b>Current Credit Exposure</b>		
		<b>Kreditrisiken</b>	<b>Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken</b>	<b>Summe</b>
<b>Mio. €</b>				
<b>Private Kunden</b>	9.630	3.785	0	3.785
<b>Firmenkunden</b>	6.720	5.448	0	5.448
<b>Immobilienfinanzierung</b>	14.309	11.663	0	11.663
<i>davon Hypothekendarlehen</i>	12.864	10.586	0	10.586
<b>Kapitalmarktgeschäft</b>	45.808	3.979	41.439	45.418
<b>Sonstige</b>	13.495	2	13.492	13.494
<b>Summe</b>	<b>89.962</b>	<b>24.877</b>	<b>54.931</b>	<b>79.808</b>

Entsprechend seiner Risikostrategie geht die LBB vornehmlich Kreditrisiken in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland ein. Dagegen führt das Kapitalmarktgeschäft strategiekonform überwiegend zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken im Ausland und den alten Bundesländern.

---

## ***Risikominderung***

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden in der LBB verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Bei den Kreditrisiken bilden Sach- und Personensicherheiten das wesentliche Element. Darüber hinaus werden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, sogar bei dessen Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten vorgenommen.

## ***Kreditrisikomessverfahren***

Als wesentlicher Parameter für die Bestimmung der Kreditrisiken wird die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Engagements unter Zuhilfenahme von Rating- und Scoringverfahren ermittelt. Jedes dieser Ratingverfahren dient dem Zweck, für bestimmte Kreditnehmergruppen die Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis statistischer Verfahren valide zu schätzen. Alle in der LBB eingesetzten Risikoklassifizierungsverfahren unterliegen einer permanenten Qualitätskontrolle durch das Kreditrisikocontrolling.

Für Privatkunden, inländische Firmenkunden und inländische Immobilienfinanzierungen werden Rating- und Scoringverfahren der S Rating und Risikosysteme GmbH verwendet. Für Großkunden und internationales Geschäft werden Ratingverfahren der Rating Service Unit GmbH & Co. KG eingesetzt. Die LBB war an den Entwicklungsprojekten beteiligt und wirkt in den Gremien und Arbeitskreisen der beiden Dienstleister mit.

Die Ratingverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß der Ausfalldefinition nach Basel II kalibriert. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit werden sie einer der 25 Klassen der DSGV Masterskala zugeordnet.

Die wesentlichen Ratingverfahren wurden im Rahmen der Zulassungsprüfung zum „Internal Rating Based Approach“ unter Basel II durch die Bankenaufsicht analysiert und abgenommen.

Im Rahmen der Kreditanalyse erfolgt die Ermittlung einer Ratingklasse für jeden Kreditnehmer. Die Zuordnung der Ratingklassen zu Ausfallwahrscheinlichkeiten gewährleistet die

---

Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg. Die Kreditvergabe-richtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten und gibt somit einen Überblick über das Verlustpotenzial eines Engagements.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Top Management Report sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposure, der Ratingnote, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die Abbildung des Risikos wird durch eine stochastische Modellierung der Verlustquoten (zum Beispiel der Sicherheitenerlöse) verfeinert. Die Risikobeiträge der einzelnen Kreditnehmer werden berechnet und im Rahmen des Kreditrisikoreportings dargestellt.

### ***Kreditüberwachung***

Die LBB überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und proaktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der

---

Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Watchlists erstellt, in denen separat zu untersuchende Kreditnehmer aufgeführt werden.

Die LBB aktualisiert und verfeinert die Qualität ihrer Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

### ***Risikobeschränkung***

Adressenausfallrisiken werden auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer wie auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert. Hierfür werden neben der Portfoliobetrachtung auf Grundlage des Credit-Value-at-Risk-Modells Länderrisiken über eigene Limite gesteuert.

### ***Einzelkreditnehmerlimite***

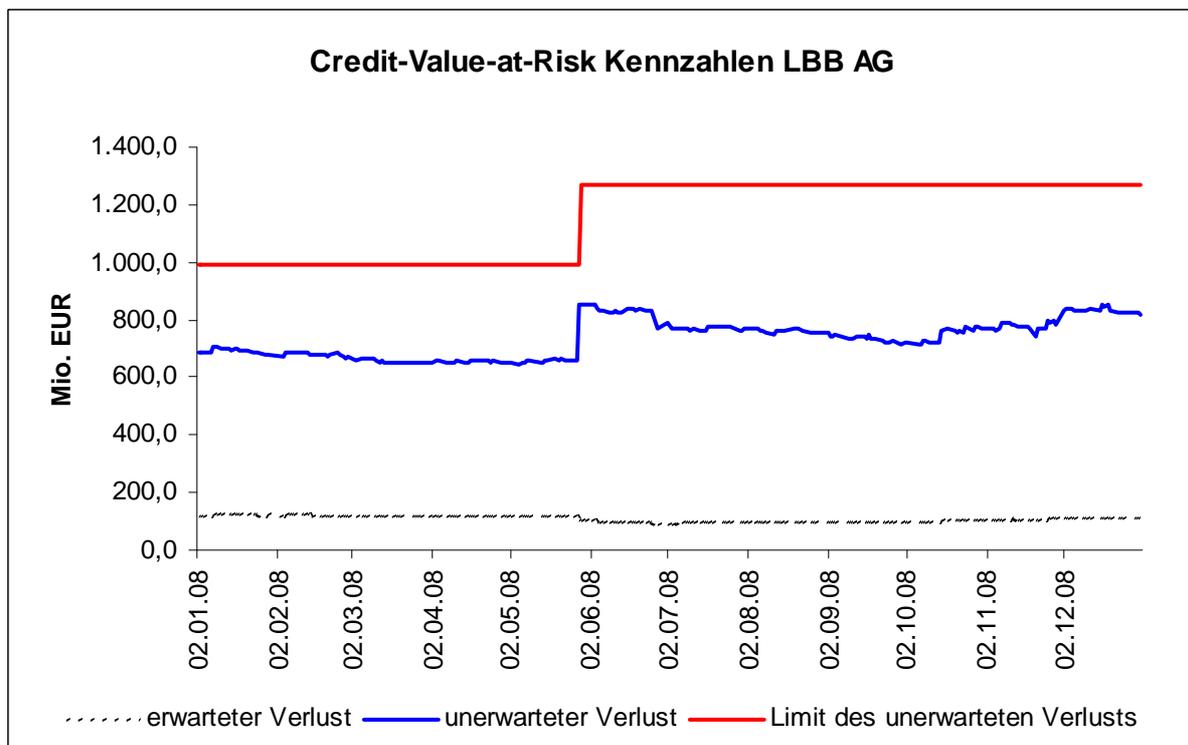
Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer bei den Parametern Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Engagementhöhe und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

## Portfoliosteuerung

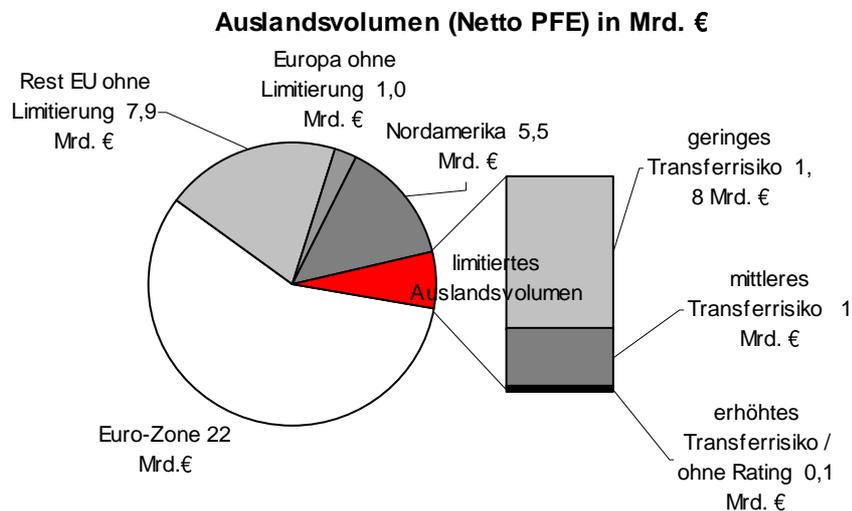
Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns.

Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden sind für den Konzern der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust (99,9 %) sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2008 dargestellt. Der Anstieg des unerwarteten Verlusts ist auf eine Anpassung der Parametrisierung des Kreditportfoliomodells zurückzuführen und ist mit einer Anpassung des Limits verbunden.



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Im Geschäftsjahr 2008 wurde die Limitsystematik dahingehend angepasst, dass nur die Länder der Eurozone, die USA, Kanada, die Schweiz, die Kanalinseln, Großbritannien, Dänemark, Schweden und Norwegen keiner Limitierung unterliegen. Die Limithöhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisikokomitees beschlossen.

Länderlimite beschränken das Netto Potential Future Exposure. Dies entspricht dem Current Credit Exposure inklusive Add Ons nach Berücksichtigung der Sicherheiten. Wie im Folgenden dargestellt, entfallen von diesem Auslandsvolumen 94 % auf unlimitierte Länder mit bester Bonität (das heißt mit einer internen Ratingeinstufung besser als 1 (AA-)).



Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumen nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

### **Risikoprävention**

Im Geschäftsjahr 2008 hat die Abteilung Risikoprävention ihre Tätigkeiten aufgenommen. Sie ist im Direktbankservice angesiedelt. Die Abteilung soll gezielt Kunden des Geschäftsfelds Private Kunden mit absehbaren Zahlungsschwierigkeiten beziehungsweise erhöhtem Ausfallrisiko ansprechen und dadurch Kündigungsvolumina im Bereich Private Kunden mindern.

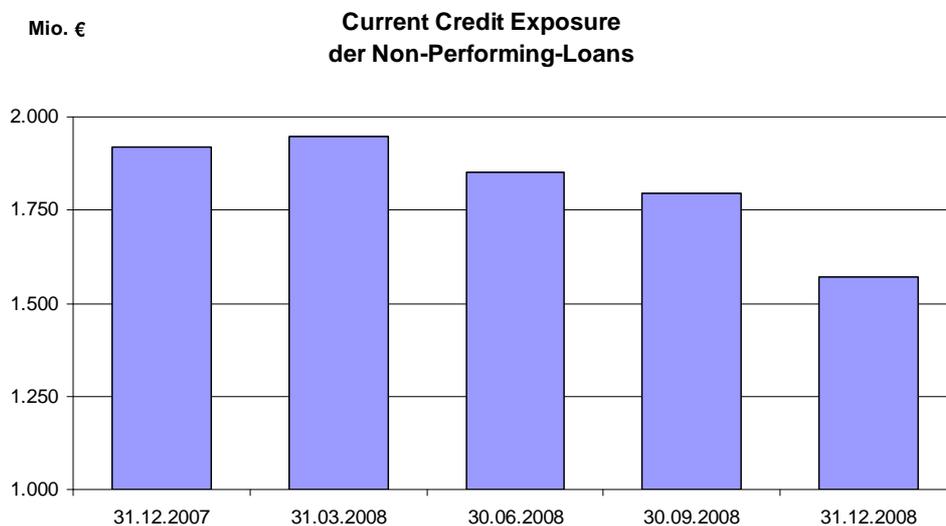
---

## **Behandlung von Problemkrediten**

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden. Im Rahmen der Sanierung kam es bei Engagements mit einem Current Credit Exposure in Höhe von 52 Mio. € zu Konditionsanpassungen ohne Bildung einer Wertberichtigung. Rettungserwerbe waren im Geschäftsjahr 2008 nicht zu verzeichnen.

Das Current Credit Exposure und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Der Anteil der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, am Gesamtexposure der LBB ging auch 2008 weiter zurück. Er betrug zum 31. Dezember 2008 1,9 % des Current Credit Exposure. Die folgende Grafik verdeutlicht den Rückgang der Nonperforming Loans in den letzten Quartalen.



---

## ***Bildung der Kreditrisikovorsorge***

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

In einem Report an den Vorstand wird auf monatlicher Basis sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Ergebnisse der oben beschriebenen Parameter des Kreditrisiko-Messverfahrens (Ratingnote, Ausfallwahrscheinlichkeit, Verlustquote) ein.

## ***Anteilseignerrisiken***

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Berechnungen zur Risikotragfähigkeit integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Angemessenheit der Risikobestimmung. Im Reporting sind Szenariobetrachtungen, zum Beispiel „Ausfall der Gesellschaft mit dem höchsten Exposure“, integriert.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden. Das für das jeweilige Geschäftsfeld steuerungsverantwortliche Management legt sowohl die operativen als auch strategischen Ziele der Beteiligungen als Voraussetzung für eine daraus abzuleitende operative Planung und Steuerung fest. Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des Geschäftsfelds, dem sie zugeordnet sind.

---

Der Vorstand der LBB wird monatlich über die Risikolage informiert.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, werden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten,
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle,
- Beteiligungen an Dienstleistern,
- Verbundbeteiligungen,
- Bündelung des Immobilienbestands der LBB,
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings festgestellt und analysiert.

Das Anteilseignerrisiko hat sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere durch Verkauf bzw. Liquidation verschiedener Gesellschaften in der LBB um 10 Mio. € (30 %) reduziert.

### **Liquiditätsrisiken**

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass der Konzern zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und im vollen Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

### ***Auswirkungen der Finanzkrise***

In Folge der Finanzmarktkrise hat sich die Situation an den Refinanzierungsmärkten im Jahr 2008 weiter verschärft. Umfangreiche Staatshilfen zur Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit beeinflussten das allgemeine Marktgeschehen.

---

Auch unter diesen extremen Bedingungen haben sich die Methoden und Verfahren des Liquiditätsrisikomanagements bewährt und die Liquiditätssituation der LBB stellt sich geordnet dar.

Durch reduzierte Investitionen in strategische Anlagen wird die Liquiditätsbereitstellung für den Geschäftsbetrieb und das Halten ausreichender Reserven sichergestellt. Bei dauerhaftem Anhalten der Störungen an den Refinanzierungsmärkten sind auch Einschränkungen im geplanten Neugeschäft mit institutionellen Kunden nicht auszuschließen, um sicherzustellen, dass in der LBB auch auf einen Betrachtungshorizont von einem Jahr ausreichende Liquiditätsreserven vorhanden sind. Liquiditätsbedingte Einschränkungen im Kerngeschäft mit Retailkunden sind aus heutiger Sicht nicht absehbar.

### ***Grundlagen und Liquiditätskennziffer***

Innerhalb des internen Liquiditätsrisikocontrollings wird in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko unterteilt.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenüber steht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

In der LBB wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

---

Die Liquiditätskennziffern gemäß „Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung)“ betragen per 31. Dezember 2008:

<b>Institut</b>	<b>2008</b>	<b>2007</b>
Landesbank Berlin	1,64	1,61

Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern werden mit einem komfortablen Freiraum eingehalten. Die niedrigste Kennziffer der LBB im Jahr 2008 belief sich auf 1,45.

### ***Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken***

Zusätzlich wird für die LBB ein deutlich über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling vorgenommen, das den bankinternen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken bildet und den Bedürfnissen des Konzerns angepasst ist.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitspektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling daraufhin überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns und somit auch der LBB gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen dabei in unterschiedlicher Ausprägung den Abfluss kurzfristiger Einlagen, die Ziehung zugesagter Kreditlinien und Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen zum Zwecke der Liquiditätsgenerierung. Die hierbei getroffenen Annahmen gehen zum Teil von deutlich höheren Liquiditätsbelastungen aus als sie durch die Liquiditätsverordnung angenommen werden und sind somit bei der Beurteilung der Liquiditätssituation deutlich konservativer. Zudem wird in allen Szenarien einheitlich unterstellt, dass der Zugang zu unbesicherten Refinanzierungsquellen nicht mehr zur Verfügung steht und die Refinanzierung für jeden Tag im betrachteten Zeitraum ausschließlich über die freien Wertpapierbestände zu sichern

---

ist. Hierbei wird die potenzielle Liquidierbarkeit jedes Wertpapiers im Hinblick auf Verwertungszeiträume und Verwertungskosten berücksichtigt.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand seit Herbst 2008 wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die Bankenaufsicht (BaFin) informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2008 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko zum Jahresende und auch im Jahresverlauf unbedenklich.

Im Kontext der allgemeinen Finanzmarktkrise wurden von der deutschen Bankenaufsicht erweiterte Offenlegungsvorschriften erlassen. Die LBB übermittelt in diesem Zusammenhang detaillierte Auswertungen auf wöchentlicher und täglicher Basis an die Bundesbank und BaFin.

### ***Steuerung der Liquiditätsrisiken***

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury und Trading. Dabei wird das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

---

## ***Risikokonzentrationen***

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns und somit auch der LBB beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stress-tests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der Konzernunternehmen, bei den stark diversifizierten Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin/Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu ca. 80 % im deutschen Raum. Hierbei ist durch den im Berichtsjahr krisenbedingt kollabierten Interbanken-Geldmarkt die Deutsche Bundesbank derzeit der wichtigste Refinanzierungspartner. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf 30 % geschätzt wird. Da sich aufgrund der Finanzmarktkrise die unbesicherten Bondmärkte nicht wirtschaftlich nutzen ließen, beschränkten sich die Neuemissionen der LBB im Jahr 2008 fast vollständig auf Pfandbriefe. Während die kleinteiligen Abschnitte überwiegend im Inland abgesetzt wurden, lag der Auslandsanteil der einzigen Jumbotransaktion der LBB im Jahr 2008 bei 47 %. Die existenzielle Krise der Hypo Real Estate-Group hat dazu geführt, dass die Marktverwerfungen im September 2008 auch das Pfandbriefsegment voll erfassten. Infolgedessen ist die Investorennachfrage nach Pfandbriefen stark zurückgegangen. Großvolumige Transaktionen waren 2008 nicht möglich. Die Pfandbriefspreads weiten sich stark aus, und ein Ende dieses Trends ist nicht absehbar.

## **Marktpreisrisiken**

Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstiger Preisrisiken (insbesondere Credit Spread Risiken) in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

## ***Handels- und Bankbuchaktivitäten***

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Bereiche des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk (VaR)-Limite; 10-tägiges Value-at-

Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

### Marktpreisrisikolimits und -inanspruchnahmen in der LBB 2008

In der Tabelle werden die Durchschnittswerte, Maxima und Minima den Limits gegenübergestellt. Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

in Mio. €

Einheit	Capital-at-Risk LBB AG 2008							
	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	31.12.2008	31.12.2007
Trading	20	23	10	14	36	40	15	81
Client Business	13	6	5	3	24	12	25	25
Treasury	104	41	43	11	169	91	160	160
Internationales Geschäft	1	3	1	2	5	4	5	5
<b>Kapitalmarktgeschäft LBB</b>	<b>115</b>	<b>59</b>	<b>50</b>	<b>29</b>	<b>196</b>	<b>107</b>	<b>175</b>	<b>175</b>
<b>Bankbuch Landesbank</b>	<b>39</b>	<b>22</b>	<b>17</b>	<b>8</b>	<b>98</b>	<b>42</b>	<b>150</b>	<b>150</b>
<b>LBB</b>	<b>139</b>	<b>70</b>	<b>60</b>	<b>36</b>	<b>252</b>	<b>125</b>	<b>325</b>	<b>325</b>
Aktienrisiko	27	24	14	13	57	41		
Währungsrisiko	12	5	3	1	27	13		
Zinsrisiko	56	36	25	16	101	67		
Credit Spread Risiko	124	37	0	11	416	84		
<b>LBB</b>	<b>139</b>	<b>70</b>	<b>60</b>	<b>36</b>	<b>252</b>	<b>125</b>		

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die LBB-Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

### **Risikokonzentration**

Im täglichen MaRisk-Reporting der LBB werden ausführlich Detail- und Einzelrisiken dargestellt. Hinzu kommt eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie szenarioweise Risikoberechnungen mit veränderten Korrelationen. Diese Darstellungen dienen dazu, Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden.

---

## **Zinsänderungsrisiken**

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt. Es ist limitiert und wird regelmäßig überwacht. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Die LBB war per Jahresende 2008 gegenüber Zinsschwankungen weitgehend neutral aufgestellt. Das Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr auf dem gleichen Niveau verblieben.

Darüber hinaus werden unterschiedliche Szenario-Berechnungen angestellt, bei denen unter anderem die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100, +130 beziehungsweise -190 Basispunkte ermittelt werden. Dispositive Swaption-Positionen über das Jahresende hinweg führen sowohl bei einer Erhöhung als auch bei einer Senkung der Zinsen zu negativen Werten in der LBB und dem Konzern.

	+ 100 BP		+130 BP		-190 BP	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007
<b>Konzern</b>	-94	-177	-133	-232	-85	315
LBB	-4	-153	-17	-200	-149	272
Berlin Hyp	-79	-22	-103	-28	38	38
andere	-10	-3	-13	-4	25	5

## **Währungsrisiken**

Die LBB geht keine wesentlichen Positionen bei Währungen ein. Das aufgezeigte Kursrisiko stammt überwiegend aus einer barwertigen Inkongruenz zwischen Assets und deren Refinanzierung aufgrund der 2008 beobachteten Preisabschläge in vielen Positionen nach der Ausweitung von Credit Spreads. Ferner stammen sie aus Restbeträgen bei Kundengeschäften, aus der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Es liegt für keine Währung ein signifikantes Risiko vor.

---

### ***Aktien- und Fondsriskien***

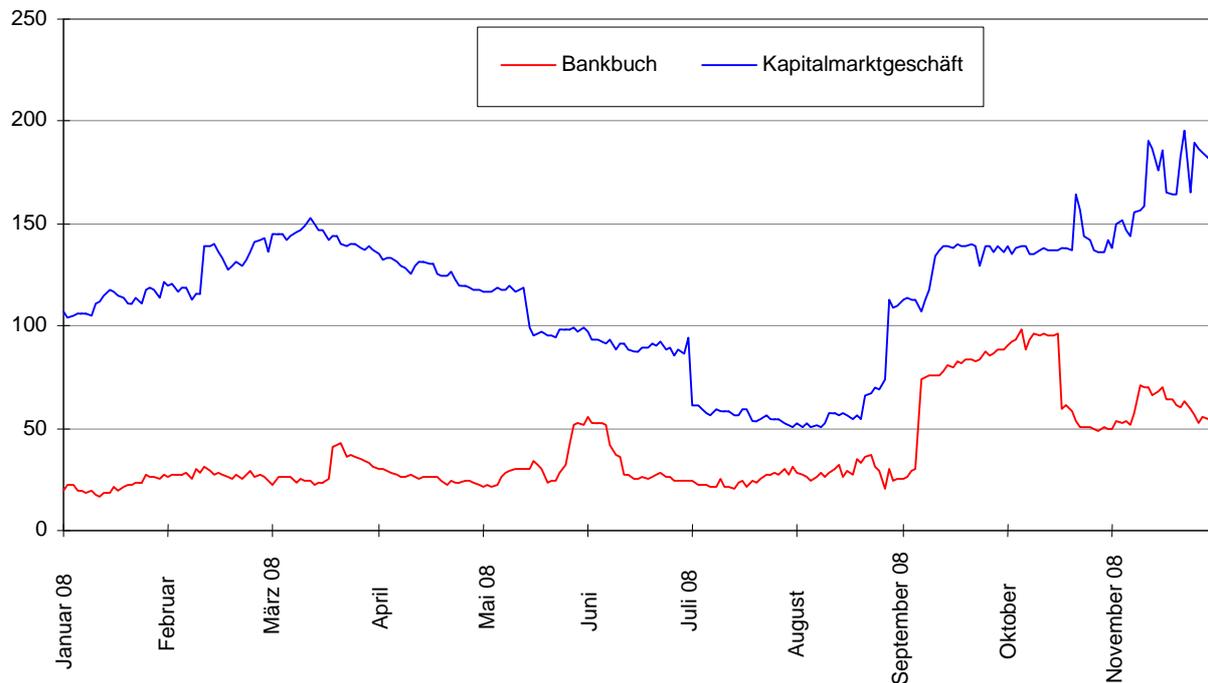
Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Trading sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Im Jahresverlauf 2008 hielt die LBB ein weit diversifiziertes Fondsportfolio überwiegend im Anlagebuch. In der Risikomessmethodik werden Fonds wie Aktien behandelt. Hinzu kommen spezifizierte Stresstests für verschiedene Fondsgattungen.

### ***Marktpreisrisiko der LBB***

Mit der Verschärfung der Finanzkrise stieg auch das Marktpreisrisiko im Kapitalmarktgeschäft ab September 2008 deutlich an und verletzte zum Jahresende das Marktrisikolimit. Besondere Treiber waren hier zur langfristigen Liquiditätssicherung gehaltene Anlageportfolien im Treasury. Wegen der als kurzfristig eingeschätzten exzessiven Marktvolatilität, der Bedeutung der Portfolien für die Liquiditätssicherung und wegen der mangels Marktliquidität nur im geringen Umfang gegebenen Veräußerungsmöglichkeiten hat die Bank entschieden, diese Überschreitung zeitlich begrenzt bei intensiver Beobachtung und Berichterstattung zu tolerieren. Im Jahresverlauf 2008 ergaben sich die folgenden Auslastungen für das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 175 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 150 Mio. €).

## Marktpreisrisiko der LBB in Mio. €



### **Steuerung der Marktpreisrisiken**

Die Risikosteuerung für die Handelsaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimits/-auslastungen, der Stresstests und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimits und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (z. B. Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limits oder Vega-Limits). Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an das für das Risiko-Controlling sowie für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstandsmitglied der LBB berichtet.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für das Bankbuch erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. Mindestens 14-tägig berät

---

und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

### ***Kontrolle der Marktpreisrisiken***

Im Dezember 2004 wurden die internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung aufsichtsrechtlich anerkannt. Seitdem werden die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten der LBB auf Basis dieses internen Modells gemeldet. Die Eigenkapitalbindung wurde dadurch erheblich reduziert.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammen hängenden Verfahrensregelungen. Regelmäßig und bei Bedarf tritt ein Allgemeines-Produkt-Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen-Produkt-Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

### ***Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken***

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfandbrief- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über implizite Ausfallintensitäten berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil (Single Index Model). Dieses Verfahren versetzt die LBB in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

---

Die Korrelationen der ca. 2.000 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstände berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (d.h. Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen. Die Gültigkeit der Modellannahmen wird durch weitere mathematische Methoden regelmäßig analysiert.

Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung für die Handelsgeschäfte im 15-Minuten-Rhythmus geht das Marktrisiko-System der LBB deutlich über die MaRisk hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

### ***Reporting der Marktpreisrisiken***

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten),
- Täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder,
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- Monatliche Berichterstattung gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf.

Die in der LBB eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Dies gilt insbesondere für die außergewöhnlichen Marktentwicklungen durch die Finanzmarktkrise. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

---

## **Immobilienrisiken**

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten (inklusive Wertveränderungen) aus dem Portfolio der dem Konzern direkt oder indirekt zuzuordnenden Immobilien.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem VaR-Verfahren gemessen. Das Exposure - aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte - der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Berichtsjahr wurden Szenarioanalysen, zum Beispiel Veränderung der Volatilitäten, entwickelt und in das Reporting integriert.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis der eigenständigen Risikoart „Immobilienrisiken“, für die sowohl für den Konzern als auch die strategischen Geschäftsfelder Limite festgelegt worden sind und deren Auslastung turnusmäßig überwacht wird. Das Reporting erfolgt vierteljährlich. Das Risiko ist im Jahresverlauf 2008 aufgrund der Parameteranpassung und der Veräußerung mehrerer Objekte um ca. 43 Mio. € bzw. 42 % gesunken.

## **Operationelle Risiken**

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken verstehen wir Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

---

## ***Organisationsstruktur***

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risiko und Controlling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung eines Rahmenwerks operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Überwachung, Analyse und Berichterstattung sowie die Entwicklung von Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos umfasst. Der Bereich Risiko und Controlling sorgt zugleich für die Umsetzung und Anwendung des Regelwerks. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerkes werden dem Risikovorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäfts- sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (z. B. zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Auch dient es der Förderung der Risikokultur in der Bank. Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

## ***Risikosteuerung und -überwachung***

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung der LBB einbezogen. Auf Basis des konzernweit gültigen Rahmenwerks wird das operationelle Risiko gesteuert. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung der LBB festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominde- rung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle detaillierte Reports über operationelle Risiken für die einzelnen

---

strategischen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet. Dies beinhaltet unter anderem:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht),
- einen Risikotransfer durch Versicherungsschutz; der Einsatz einer speziellen OpRisk-Police befindet sich in Prüfung.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung/Verwaltung und zum Reporting der oben genannten Daten entwickelt.

### ***Messung der operationellen Risiken – Angemessenheit der Eigenmittelausstattung***

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung verwendet die LBB derzeit den Standardansatz gemäß § 272 SolV. Nach den Vorschriften des Standardansatzes wurde im Jahr 2008 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung in Höhe von 75 Mio. € ermittelt.

Die LBB hat ihr Modell zur Berechnung des internen Kapitals (ökonomischen Kapitals) weiter verfeinert. Die Modellkomponenten sind:

- Loss Distribution Approach (vergangenheitsorientierte Verlustverteilung),
- Ausprägungen der Risikoindikatoren (Bewertung anhand eines Ampelstatus),
- Schadensanalyse, insbesondere der Großschäden (intern/extern),
- Szenarioanalyse (Festlegung des zukünftigen Verlusts für die kritischen Szenarien).

Insbesondere zur besseren Einschätzung des Risikos aus Großschäden wurde die Szenarioanalyse durch den Einbezug von Großschäden aus einer öffentlichen Verlustdatenbank verbessert. Der Loss Distribution Approach (LDA) ist ein statistisch-mathematisches Modell zur Bestimmung von Verlusthöhen, welches auf Analysen historischer Schadensfälle basiert

---

und in den Prozess der Bestimmung des operationellen Risikos (Bestimmung des ökonomischen Kapitals) integriert ist. Es werden regelmäßig entsprechende vergangenheits- und zukunftsorientierte Risikoindikatoren untersucht, um rechtzeitig eine negative Entwicklung der Risiken zu erkennen. Das Ergebnis aus dem Zusammenspiel der Modellkomponenten ist eine spezifische Risikoschätzung für jedes untersuchte strategische Geschäftsfeld. Diese ergibt in der Aggregation über alle Geschäftsfelder und einbezogenen Konzerngesellschaften das operationelle Risiko des Konzerns (ökonomische Kapitalanforderung).

Die Risikoberechnung nach dem internen Modell ergab per 31. Dezember 2008 einen Wert von 79 Mio. €, der in der Risikotragfähigkeitsberechnung des Konzerns berücksichtigt wird.

### ***Personalrisiken***

Die LBB überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- **Motivationsrisiko:** Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenskollisionen entgegengesteuert.

### ***IT- und Systemrisiken***

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

---

Derzeit werden in der LBB keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Weiterentwicklung und Verbesserung der IT-Infrastruktur und -Verfahren ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es der LBB, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität der Informationssicherheit wird durch Orientierung an der ISO-Norm 27002 ständig aktualisiert und verfeinert. Die LBB hat hierfür ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt. Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2008 stand die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur

- Erfüllung geänderter gesetzlicher Anforderungen,
- Optimierung des Daten- und Qualitätsmanagements,
- Reduzierung struktureller Komplexität,
- Modernisierung, Konsolidierung, Integration der IT-Infrastruktur und IT-Verfahren sowie
- Vorbereitung der Migration auf den OSPlus-Standard der Finanz Informatik in den nächsten Jahren.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

---

## **Sicherheits- und Notfallpläne**

Für das Management von Katastrophensituationen hat die LBB einen Krisenstab etabliert, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Hierzu werden regelmäßig Übungen vorgenommen.

Weiterhin verfügt die LBB vor dem Hintergrund der laufenden Sicherung des Bankbetriebs und der Reduzierung von Verlusten für den Fall schwerer Betriebsstörungen auf ein Minimum über eine detaillierte Informationssicherheitspolitik und eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung für ihre kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse.

Die LBB hat für die Koordination und die Überwachung der Informationssicherheit, der Aktualität der Notfallpläne inklusive der erforderlichen Notfallübungen einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (z. B. CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

## **Outsourcing**

Aufgrund der Anpassung und Integration bestehender Outsourcing-Richtlinien in die MaRisk hat die LBB im Jahr 2008 das interne Regelwerk turnusmäßig überarbeitet und eine weitergehende Risikoanalyse zur Bestimmung wesentlicher Auslagerungen eingeführt.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich die LBB im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Auftragnehmer werden von der LBB sorgfältig ausgewählt. Die Bank überzeugt sich regelmäßig von der Einhaltung der beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Datenschutz.

Im Dezember 2008 kam es durch kriminelle Handlungen von Mitarbeitern eines Logistikunternehmens zu einer Fehlleitung von Kreditkartendaten der LBB. Die betreffenden Daten

---

wurden umgehend sichergestellt. Das Risiko eines Missbrauchs der Daten war aus Sicht der LBB von Anfang an gering und wurde durch zusätzliche Maßnahmen weiter minimiert.

Um das Vertrauen unserer Kunden auf den Schutz ihrer uns anvertrauten Daten auch in Zukunft zu rechtfertigen, wurden interne und externe Sachverständige mit der Überprüfung der betreffenden Geschäftsprozesse und der Umsetzung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Datenschutzes beauftragt.

### ***Rechtsrisiken***

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

### Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

### Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf

---

bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zumindest bis einschließlich des Jahres 2011 auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet. Im Vorfeld des im Jahr 2007 abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbeereichs an das Land Berlin wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch im Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Dies führte zur Geltendmachung von Ansprüchen diverser Gläubiger auf Sicherheitsleistung gegen Konzerngesellschaften. Zusätzliche Risiken ergeben sich daraus jedoch nicht. Soweit in diesem Zusammenhang vom Konzern Sicherheit zu leisten sein sollte, würden hierdurch lediglich bereits bestehende Verpflichtungen zusätzlich abgesichert.

#### Klage einer Fondsgesellschaft

Wie schon in den Vorjahren berichtet, hat die Fondsgesellschaft des „LBB Fonds 13“ Klage auf Schadensersatz in Höhe von 29,25 Mio. € gegen die Holding, die LBB und die IBG wegen der Übertragung von ursprünglich zwischen der Holding und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondsgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die Holding und die LBB haben der BOB und der IBV – letzterer als geschäftsführender Kommanditistin der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die Holding, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt. Für den Fall der rechtskräftigen Verurteilung haben die Holding und die LBB ausreichend Risikovorsorge getroffen.

#### HV-Beschlussanfechtungen

Fünf Aktionäre haben in insgesamt 4 Verfahren gegen Beschlüsse, die auf der ordentlichen Hauptversammlung am 4. Juli 2008 gefasst wurden, Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage erhoben. Hierbei ist einer der Aktionäre gegen sämtliche auf der zuvor genannten Hauptver-

---

sammlung gefassten Beschlüsse vorgegangen, während die anderen vier Aktionäre jeweils nur einzelne Beschlüsse angegriffen haben. Die Bank hält die Erfolgsaussichten für gering. In drei der Verfahren wurde ein Vergleich geschlossen, nach dem die Klagen zurückgenommen wurden. Bezüglich der vierten erstinstanzlichen Klage steht die Gesellschaft derzeit noch in Vergleichsverhandlungen.

## **Sonstige Risiken**

### ***Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen***

Unter strategischem Risiko versteht man das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele in Folge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar.

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an strategischen und durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in den Vorstandssitzungen präsentiert. Damit wird gleichzeitig die Einhaltung der Strategie regelmäßig überprüft.

---

## **Prognosebericht / Ausblick**

### **Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage**

Die Rücknahme der Leitzinsen gleicht insbesondere bei den kurzfristigen Finanzierungen inzwischen einen wesentlichen Teil der Aufschläge aus, die aus der Zuspitzung der Finanzkrise resultieren. Die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft wird jedoch ganz wesentlich von den Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst.

Auf den Auslandsmärkten kommt es zu teilweise tiefgreifenden konjunkturellen Einschnitten. Auch in den europäischen Partnerstaaten setzt sich die Talfahrt fort. Die Auftragsbestände inländischer Hersteller schmelzen rasch ab, ihre Exportaussichten schwinden dramatisch. Dies wird auch am Arbeitsmarkt zu einer Trendwende führen. Trotz des Kaufkraftrückgewinns im Zuge sinkender Energie- und Nahrungsmittelpreise werden die Privathaushalte im Ausgabeverhalten zurückhaltend bleiben. Stimulierende Maßnahmen der Öffentlichen Hand mildern die Rezession. Insgesamt lassen sich heftige Einbußen in der Wirtschaftsleistung Deutschlands aber nicht vermeiden.

Die Wirtschaft in Berlin / Brandenburg wird sich der labilen Konjunkturlage nicht entziehen können. Mit dem scharfen Konjunkturreinbruch in Mittel- und Osteuropa werden Exporterfolge ausbleiben. Als vergleichsweise stabil dürften sich die Wachstumskerne in den Bereichen unternehmensnahe Dienstleistungen, Bio- und Medizintechnik, der Verkehrstechnik sowie der Informations- und Kommunikationstechnik erweisen. Hier profitiert Berlin von der Verzahnung mit vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen. Für positive konjunkturelle Impulse sorgt die Umsetzung großer Bauvorhaben. Ansonsten werden aber Rezessionstendenzen überwiegen: Rückwirkungen aus dem internationalen Umfeld werden sich insbesondere auch bei den Besucherströmen ergeben. Dies belastet den Ausblick für Einzelhandel und Gastgewerbe.

Das Kreditgewerbe wird sich auch künftig in einem äußerst schwierigen Umfeld bewegen. Zwar bessern sich die Ertragspotenziale aus der Fristentransformation mit steilerer Zinsstruktur. Doch bleiben die Refinanzierungskosten aufgrund des anhaltenden Misstrauens der Marktakteure, insbesondere im langfristigen Bereich, weiterhin mit hohen Liquiditätsaufschlägen belastet. Die konjunkturelle Situation wird die Ergebnisse der Finanzinstitute zusätzlich belasten. Die durch die Finanzkrise entstandene Forderung nach höheren

---

Eigenkapitalquoten der Finanzinstitute lässt eine Fortsetzung des Prozesses zur Bilanzverkürzung erwarten. Der ohnehin große Druck zur Konsolidierung am deutschen Bankenmarkt nimmt folglich eher noch zu.

### **Geschäftliche Ausrichtung**

Der Konzern Landesbank Berlin Holding (Konzern) ist unverändert darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern weiter zu wachsen und durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und Qualitätsverbesserungen vorzunehmen. Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin und Umland. Jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte, eine Struktur mit Unternehmen überwiegend in kleineren Umsatzgrößenklassen und einen zwar wieder belebten, aber noch immer schwächer entwickelten Immobilienmarkt. Die inzwischen erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten-, Direktbank- und Point-of-Sale-Geschäft sowie die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäftes sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen.

Die strategischen Geschäftsfelder des Konzerns werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert: Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern, Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio. Die Eigenkapitalrentabilität ist der Quotient aus „operativem Ergebnis / Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“. Das gebundene Eigenkapital der Segmente ist das nach einem ökonomischen Verfahren erforderliche Kapital. Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis. Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmitteleusstattung und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

---

## **Soll / Ist-Vergleich**

Das operative Ergebnis des Konzerns im Jahr 2008 ist deutlich hinter der ursprünglichen Planung zurück geblieben. Die Finanzmarktkrise ist dafür ausschlaggebend, dass im Kapitalmarktgeschäft die Ergebnisse trotz einer besseren Entwicklung im zweiten Quartal 2008 nicht den Plan erreichten. Dies konnten die anderen Segmente trotz einer zum Teil deutlich über Plan liegenden Entwicklung nicht ausgleichen.

## **Schätzverfahren / Mittelfristplanung**

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Für das Jahr 2009 und den mittelfristigen Planungshorizont bis 2013 erwarten wir keine nachhaltigen negativen Auswirkungen für den Konzern und unterstellen die Existenz funktionierender Märkte. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass die Zinsstrukturkurve sich wieder normalisieren wird. Basierend auf diesen Annahmen zu den Rahmenbedingungen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Hierin wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft, Erträge und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten detailliert.

Die Einschätzung zur weiteren Entwicklung unserer Kerngeschäftsfelder findet ihren Niederschlag in einer Mittelfristplanung, die bis 2013 reicht.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde.

## **Zusammenfassung / Gesamtaussage**

Grundsätzlich geht die Bank davon aus, ihre positive Entwicklung im operativen Geschäft fortsetzen zu können. Gleichzeitig sind die Unsicherheiten an den weltweiten Finanzmärkten unverändert groß. In Kombination mit den noch nicht absehbaren Folgen des konjunkturellen Abschwungs ist eine weitergehende Prognose seriös zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

## Bilanz der LBB Holding AG zum 31. Dezember 2008

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2007 TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>					
I. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	(1)		2.958.081		2.808.081
2. Beteiligungen	(1)		<u>0</u>		<u>0</u>
				<b>2.958.081</b>	<b>2.808.081</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	(2)		34.740		121.153
2. sonstige Vermögensgegenstände	(2)		<u>78.854</u>		<u>68.691</u>
				<b>113.594</b>	<b>189.844</b>
<b>Summe der Aktiva:</b>				<b>3.071.674</b>	<b>2.997.925</b>

Passivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2007 TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>					
I. Gezeichnetes Kapital					
	(3)		2.554.741		2.554.741
II. Gewinnrücklagen					
1. gesetzliche Rücklage	(3)	13.187			13.155
2. andere Gewinnrücklagen	(3)	<u>159.630</u>			<u>159.630</u>
			172.817		172.785
III. Bilanzgewinn					
	(3)		<u>13.206</u>		<u>112.539</u>
				<b>2.740.764</b>	<b>2.840.065</b>
<b>B. Rückstellungen</b>					
1. Steuerrückstellungen					
	(4)		135.793		148.152
2. sonstige Rückstellungen					
			<u>5.426</u>		<u>6.923</u>
				<b>141.219</b>	<b>155.075</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>					
1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen					
	(5)		189.292		1.379
2. sonstige Verbindlichkeiten					
	(5)		399		1.406
davon aus Steuern		396			<u>376</u>
				<b>189.691</b>	<b>2.785</b>
<b>Summe der Passiva:</b>				<b>3.071.674</b>	<b>2.997.925</b>

<b>Eventualverbindlichkeiten</b>					
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Anhang)				3.171.219	3.243.440
				<b>3.171.219</b>	<b>3.243.440</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin Holding AG  
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008**

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	31.12.2007 TEUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	(6)		1.367	18.456
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7)		7.953	8.831
3. Erträge aus Beteiligungen			24	23
davon aus verbundenen Unternehmen		24		(23)
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0	50.235
5. Aufwendungen aus Verlustübernahmen	(8)		38.615	0
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(9)		13.478	49.580
davon aus verbundenen Unternehmen		662		(10.890)
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(9)		10	32.062
<b>8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>			<b>-31.709</b>	<b>77.401</b>
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(10)		-35.448	-37.221
10. Sonstige Steuern	(11)		3.107	-1.078
<b>11. Jahresüberschuss</b>			<b>632</b>	<b>115.700</b>
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			12.606	2.624
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
in die gesetzliche Rücklage			32	5.785
<b>14. Bilanzgewinn</b>			<b>13.206</b>	<b>112.539</b>

# Anhang der Landesbank Berlin Holding AG 2008

Die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin ist Mutterunternehmen für den Konzern Landesbank Berlin Holding, Berlin. Neben diesem Jahresabschluss wird ein Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften gemäß § 315a HGB (IFRS) erstellt und veröffentlicht. Die in diesen Konzernabschluss einbezogene Landesbank Berlin AG, Berlin (LBB AG) erstellt gemäß § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB einen eigenständigen Teilkonzernabschluss nach IFRS.

Die Landesbank Berlin Holding AG nimmt im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, welche Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Die Landesbank Berlin Holding AG ist Tochterunternehmen der Regionalverbandsgesellschaft mbH, Neuhardenberg. Die Konzernabschlüsse der Konzerne Landesbank Berlin Holding AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB), der LBB AG und der Regionalverbandsgesellschaft mbH (größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB) werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

## Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in einer Aufstellung aufgeführt, die diesem Anhang als Anlage 1 beigelegt ist. Mit der LBB AG besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### Bilanzierung

Der Jahresabschluss wurde nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes aufgestellt. Ergänzend werden die Vorschriften der Satzung beachtet.

Die Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Die Landesbank Berlin Holding AG gilt gem. § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB als große Kapitalgesellschaft.

Bestände in Fremdwährung bestehen nicht.

### Bewertung

#### Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalbetrag angesetzt. Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG, hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Rückstellungen sind gem. § 253 Abs. 1 HGB in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Überlegung erforderlich ist.

## Erläuterungen zur Bilanz

### (1) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
<b>Buchwert zum 31.12.2007</b>	<b>0</b>	<b>2.808</b>
Anschaffungs-/Herstellungskosten		
zum 31.12.2007	21	2.888
Zugänge 2008	0	150
Abgänge 2008	21	0
Umbuchungen 2008	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten		
zum 31.12.2008	0	3.038
Kumulierte Zuschreibungen		
zum 31.12.2007	0	0
Zugänge 2008	0	0
Abgänge 2008	0	0
Kumulierte Zuschreibungen		
zum 31.12.2008	0	0
Kumulierte Abschreibungen		
zum 31.12.2007	21	80
Zugänge 2008	0	0
Abgänge 2008	21	0
Umbuchungen 2008	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Kumulierte Abschreibungen		
zum 31.12.2008	0	80
<b>Buchwert zum 31.12.2008</b>	<b>0</b>	<b>2.958</b>

## **(2) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen handelt es sich mit 33,1 Mio. EUR um Guthaben bei Kreditinstituten.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen gegenüber den Finanzbehörden. Diese betreffen hauptsächlich die Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und den Solidaritätszuschlag in Höhe von 78,9 Mio. EUR.

Die Forderungen in Höhe von 113,6 Mio. EUR sind sämtlich im Folgejahr fällig.

## **(3) Eigenkapital**

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. EUR und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien.

Die Hauptversammlung vom 4. Juli 2008 hat die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2009 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5 % des Grundkapitals der Landesbank Berlin Holding AG am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 4. Juli 2008 bis zum 30. September 2009 die Möglichkeit des Erwerbs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Der Kaufpreis je Aktie darf den Durchschnitt der Börsenkurse der Aktie der Gesellschaft in der Schlussauktion im Xetra-Handelssystem (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) an der Frankfurter Wertpapierbörse an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Insgesamt dürfen aufgrund dieser Ermächtigung Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals erworben werden; zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71 a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen.

Die Landesbank Berlin Holding AG hat im Berichtsjahr eigene Aktien weder gehalten noch erworben.

Im Kreditgeschäft hat das 100 %ige Tochterunternehmen LBB AG zum Jahresende 2008 gemäß § 71 e AktG 22.097 (i.V.: 30.337) Stückaktien der Landesbank Berlin Holding AG als Pfand genommen; dies entsprach 0,00 % (i.V.: 0,01 %) des gezeichneten Kapitals.

Die Regionalverbandsgesellschaft mbH, Neuhardenberg, Deutschland, hat der Landesbank Berlin Holding AG gemäß § 21 Abs. 1 WpHG im Namen der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, Deutschland, mitgeteilt, dass deren Stimmrechtsanteil an der Landesbank Berlin Holding AG am 8. August 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 80,95 % (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Die Regionalverbandsgesellschaft mbH hat der Landesbank Berlin Holding AG außerdem gemäß § 21 Abs. 1, § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Landesbank Berlin Holding AG am 8. August 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 % überschritten hat und zu diesem Tag 80,95 % (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Weiterhin hat die Regionalverbandsgesellschaft mbH mitgeteilt, dass sämtliche der vorgenannten Stimmrechte ihr über die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind, da die Regionalverbandsgesellschaft mbH alleinige Komplementärin und Inhaberin sämtlicher Stimmrechte der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist.

Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, Deutschland, hat der Landesbank Berlin Holding AG gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Landesbank Berlin Holding AG am 1. Januar 2008 die Schwellen von 3 %, 5 % und 10 % überschritten hat und zu diesem Tag 10,63 % (106.199.981 Stimmrechte) betrug.

Aus dem Bilanzgewinn 2007 wurden 99.932.787,00 EUR als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet.

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2008 beträgt 13,2 Mio. EUR. Hierin ist ein Gewinnvortrag i.H.v. 12,6 Mio. EUR enthalten. Vom Jahresüberschuss 2008 waren 5 % in die gesetzliche Rücklage (0,03 Mio. EUR) einzustellen.

#### **(4) Rückstellungen**

Die Steuerrückstellungen bestehen im Wesentlichen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

#### **(5) Verbindlichkeiten**

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 189,3 Mio. EUR handelt es sich mit 150,0 Mio. EUR um die Kaufpreisverpflichtung aus dem Kauf der Beteiligung an der Landesbank Berlin Investment GmbH zum 31.12.2008.

Weiterhin ist mit 38,6 Mio. EUR die Verlustübernahmeverpflichtung gegenüber der LBB AG aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages enthalten.

Die Verbindlichkeiten sind sämtlich im Folgejahr fällig.

## **Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

### **(6) Sonstige betriebliche Erträge**

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i.H.v. 1,4 Mio. EUR.

### **(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der LBB AG i.H.v. 2,9 Mio. EUR. Auf Beratungs-, Prüfungs- und Gerichtskosten sowie Gebühren entfallen 2,7 Mio. EUR. Darüber hinaus fielen Versicherungsbeiträge i.H.v. 1,7 Mio. EUR an.

### **(8) Aufwendungen aus Verlustübernahmen**

Die Aufwendungen aus Verlustübernahmen entfallen mit 38,6 Mio. EUR auf die Übernahme der Verluste der LBB AG.

### **(9) Zinsergebnis**

Die Zinserträge von 13,5 Mio. EUR entfallen im Wesentlichen auf Zinsen aus Steuererstattung für Vorjahre.

### **(10) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

Im ausgewiesenen negativen Ertragssteueraufwand sind Erstattungen für Vorjahre und Erträge aus der Auflösung nicht benötigter Steuerrückstellungen für Vorjahre enthalten, die mit dem Ertragssteueraufwand des Berichtsjahres saldiert wurden.

### **(11) Sonstige Steuern**

Die sonstigen Steuern beinhalten im Wesentlichen Umsatzsteueraufwendungen.

## (12) Abschlussprüfergebühren

Für den Abschlussprüfer i.S.v. § 319 HGB im Geschäftsjahr aufgewendete Beträge:

in TEUR	2008	2007
für Jahresabschlussprüfungen	447	369
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen <sup>1)</sup>	853	653
für Steuerberatung	0	0
für sonstige Leistungen	0	14
<b>Insgesamt</b>	<b>1.300</b>	<b>1.036</b>

<sup>1)</sup> In den sonstigen Bestätigungs- und Bewertungsleistungen ist das Honorar für die prüferische Durchsicht der Zwischenabschlüsse enthalten.

## Sonstige Angaben

### Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten s. Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG, die Berlin Hannoversche Hypothekbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Einzahlungsverpflichtungen für die Beteiligungen der Landesbank Berlin Holding AG bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Patronatserklärungen sind durch die Landesbank Berlin Holding AG nicht abgegeben.

Die Verpflichtungen aus Garantien betreffen die Haftung der Landesbank Berlin Holding AG als Gesamtschuldner mit der Landesbank Berlin AG für alle von der Landesbank Berlin Finance (Ireland) plc emittierten Anleihen unter dem MTN-Programm in Höhe von 2.865,7 Mio. EUR (Vorjahr: 2.911,1 Mio. EUR), die aus rechtlichen Gründen nicht im Rahmen der Ausgliederung des Geschäftsbetriebes auf die Landesbank Berlin AG übertragen werden konnten. Daneben garantiert die Landesbank Berlin Holding AG 42 Zertifikate und Schuldverschreibungen in Höhe von 305,5 Mio. EUR (Vorjahr: 332,3 Mio. EUR), die sie in der Vergangenheit emittiert und in 2006 auf die Landesbank Berlin AG übertragen hat.

Die Landesbank Berlin Holding AG hat keine Dienstverträge mit Beschäftigten abgeschlossen. Die Durchführung der Geschäfte erfolgt durch das Tochterunternehmen LBB AG im Wege einer Geschäftsbesorgung.

### **Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats**

Die den Vorstand der Obergesellschaft Landesbank Berlin Holding AG bildenden Herren Vetter und Dr. Veit sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB AG. Unabhängig von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Landesbank Berlin Holding AG bestehen die Dienstverträge der Herren Vetter und Dr. Veit sowie auch die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB AG, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB AG, die auf dieser vertraglichen Grundlage die Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder zahlt, erhält von der Landesbank Berlin Holding AG einen am zeitlichen Aufwand orientierten, jährlich auf seine Angemessenheit zu überprüfenden Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 TEUR je Vorstandsmitglied bzw. 6 TEUR für den Vorstandsvorsitzenden. Hierfür wurden von der Landesbank Berlin Holding AG im Jahre 2008 132 (i.V.: 132) TEUR als Aufwandsersatz erstattet.

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	2008	2007
Gesamtbezüge des Vorstands	0	0
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats <sup>1)</sup>	389	374

<sup>1)</sup> ohne Umsatzsteuer

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im **Geschäftsjahr 2008** folgende Vergütungen:

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen <sup>2)</sup>	Gesamt
	Erfolgs-unabhängige Vergütung	Erfolgs-abhängige Vergütung <sup>1)</sup>		
<b>Mitglieder des Vorstands</b>				
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB)	1.074	650	26	1.750
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(521)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	695	400	33	1.128
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
<b>Summe Organmitglieder</b>				
<b>LBB Holding</b>	<b>1.769</b>	<b>1.050</b>	<b>59</b>	<b>2.878</b>
Serge Demolière (LBB)	989	150	35	1.174
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Dr. Johannes Evers (LBB)	632	275	45	952
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Uwe Kruschinski <sup>3)</sup>		30		30
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>				
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	632	210	44	886
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	604	300	37	941
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
<b>Vergütungsaufwand</b>				
<b>Gesamt (LBB AG)</b>	<b>4.626</b>	<b>2.015</b>	<b>220</b>	<b>6.861</b>

<sup>1)</sup> Dargestellt ist der erfolgsabhängige Teil der Jahressondervergütung für die vollständig erbrachte Tätigkeit im Geschäftsjahr 2007, über deren Höhe der Aufsichtsrat nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2007 Beschluss gefasst hat. Die Auszahlung erfolgte im zweiten Quartal des Jahres 2008.

<sup>2)</sup> Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 108 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 107 TEUR; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten Sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

<sup>3)</sup> Herr Uwe Kruschinski ist zum 30.06.2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im **Geschäftsjahr 2007** folgende Vergütungen:

in TEUR	Jahresvergütung		Sonstige Vergütungen <sup>2)</sup>	Gesamt
	Erfolgs-unabhängige Vergütung	Erfolgs-abhängige Vergütung <sup>1)</sup>		
<b>Mitglieder des Vorstands</b>				
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB)	1.068	675	26	1.769
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(521)</i>			
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	689	350	33	1.072
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(300)</i>			
<b>Summe Organmitglieder</b>				
<b>LBB Holding</b>	<b>1.757</b>	<b>1.025</b>	<b>59</b>	<b>2.841</b>
Serge Demolière (LBB)	986	270	34	1.290
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(489)</i>			
Dr. Johannes Evers (LBB)	627	300	46	973
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Uwe Kruschinski <sup>3)</sup>	331	185	17	533
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(150)</i>			
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	627	245	45	917
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>			
Martin K. Müller (LBB)	604	300	38	942
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(290)</i>			
<b>Vergütungsaufwand</b>				
<b>Gesamt (LBB AG)</b>	<b>4.932</b>	<b>2.325</b>	<b>239</b>	<b>7.496</b>

<sup>1)</sup> Dargestellt ist der erfolgsabhängige Teil der Jahressondervergütung für die vollständig erbrachte Tätigkeit im Geschäftsjahr 2006, über deren Höhe der Aufsichtsrat nach Aufstellung des Jahresabschlusses 2006 Beschluss gefasst hat. Die Auszahlung erfolgte im zweiten Quartal des Jahres 2007.

<sup>2)</sup> Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 116 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 119 TEUR; daneben wurden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt. Ferner sind in den genannten Sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung erhalten hat.

<sup>3)</sup> Herr Uwe Kruschinski ist zum 30.06.2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Die Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Satz 6 bis 9 HGB sind im Lagebericht enthalten.

Die für das **Geschäftsjahr 2008** an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeit (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in TEUR	2008	2007	2008	2007
<b>Mitglieder des Aufsichtsrats</b>			<b>Mitglieder des Aufsichtsrats</b>	
Dr. h.c. Klaus G. Adam <sup>1)</sup>	-	30	Michael Jänichen	15
Heinrich Haasis <sup>2)</sup>	45	14	Daniel Kasteel	15
Bärbel Wulff	35	35	Thomas Mang <sup>2)</sup>	5
Dr. h.c. Axel Berger <sup>1)</sup>	-	10	Astrid Maurer	15
Dietmar P. Binkowska <sup>2) 3)</sup>	13	5	Prof.Dr. Hannes Rehm <sup>1)</sup>	-
Gregor Böhmer <sup>2)</sup>	25	8	Andreas Rohde	15
Dagmar Brose	15	15	Senator Dr. Thilo Sarrazin <sup>5)</sup>	-
Thomas Dobkowitz <sup>1)</sup>	-	10	Peter Schneider <sup>2)</sup>	15
Hans Jörg Dupprè <sup>2)</sup>	15	5	Friedrich Schubring-Giese <sup>2)</sup>	15
Dr. Michael Endres <sup>1)</sup>	-	10	Dr. Heinz-Gerd Stein <sup>1)</sup>	-
Christina Förster	15	15	Joachim Tonndorf	25
Artur Grzesiek <sup>4)</sup>	1	-	Dr. Harald Vogelsang <sup>2)</sup>	15
Dr. Thomas Guth <sup>1)</sup>	-	10	Frank Wolf	25
Sascha Händler	15	15	Senator Harald Wolf <sup>5)</sup>	-
Jürgen Hilse <sup>2)</sup>	25	8	Bernd Wrede <sup>1)</sup>	-
Claus Friedrich Holtmann <sup>2)</sup>	15	5		
<b>Summe</b>			<b>389</b>	<b>374</b>
zuzügl. USt			60	55
<b>Gesamtaufwand</b>			<b>449</b>	<b>429</b>

<sup>1)</sup> Mitglied bis 31. August 2007

<sup>2)</sup> Mitglied seit 1. September 2007

<sup>3)</sup> Mitglied seit 21. November 2008

<sup>4)</sup> Mitglied seit 24. November 2008

<sup>5)</sup> Mitglied bis 28. August 2007

## Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in der Anlage 2 zum Anhang dargestellt.

## Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden im Internetauftritt der Landesbank Berlin Holding AG veröffentlicht.

Einzelheiten zum Erwerb oder zur Veräußerung von Aktien durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder werden im Internetauftritt der Landesbank Berlin Holding AG unter „Meldepflichtige Geschäfte gemäß § 15 a WpHG“ veröffentlicht. Sowohl der Aktienbesitz eines einzelnen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieds als auch der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder liegen unter 1 % der von der Landesbank Berlin Holding AG ausgegebenen Aktien (Ziffer 6.6 DCGK).

## **Organe der Landesbank Berlin Holding AG**

### **Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG**

**Hans-Jörg Vetter**  
Vorsitzender

**Dr. Thomas Veit**

### **Aufsichtsrat der Landesbank Berlin Holding AG**

**Heinrich Haasis**                      Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands  
Vorsitzender

**Bärbel Wulff \*)**                      Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG  
stellv. Vorsitzende

**Dietmar P. Binkowska**              Vorstandsvorsitzender der NRW.BANK  
Bis 21.11.2008

**Gregor Böhmer**                      Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands  
Hessen-Thüringen

**Dagmar Brose \*)**                      Referentin im Bereich Finanzen der Landesbank Berlin AG

**Hans Jörg Duppré**                      Präsident des Deutschen Landkreistages

**Christina Förster \*)**                      Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk  
Berlin-Brandenburg

**Artur Grzesiek**                      Vorsitzender der Sparkasse KölnBonn  
ab 24.11.2008

**Sascha Händler \*)**                      Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG  
Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Landesbank Berlin AG

**Jürgen Hilse**                      Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen

**Claus Friedrich Holtmann**              Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen  
Sparkassenverbands

**Michael Jänichen \*)**                      Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG

**Daniel Kasteel \*)**                      Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

**Thomas Mang**                      Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen

<b>Astrid Maurer *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG
<b>Andreas Rohde *)</b>	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Peter Schneider</b>	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
<b>Friedrich Schubring-Giese</b>	Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern
<b>Joachim Tonndorf *)</b>	ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
<b>Dr. Harald Vogelsang</b>	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
<b>Frank Wolf *)</b>	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

\*) Arbeitnehmervertreter

Berlin, 18. Februar 2009

Der Vorstand

Vetter

Dr. Veit

## **Anlagen**

- |           |   |
|-----------|---|
| Anlage 1: | Verzeichnis des Anteilsbesitzes (§§ 285 Nr. 11 und 11a, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB) und Verzeichnis der Gesellschaft mit Beherrschungs-/Ergebnisabführungsvertrag mit der Landesbank Berlin Holding AG |
| Anlage 2: | Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)  |

## Liste des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

**Meldendes Unternehmen: Landesbank Berlin Holding AG**

**Stand: 31.12.2008**

Zielwahrung/Einheit: EUR / in Tsd.

Verbundene Unternehmen						
Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
1.	Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern, Berlin <sup>1) 6)</sup>	94,00		EUR	1.889	202
2.	Babefi-Holding GmbH i. L., Berlin <sup>1) 7)</sup>	100,00		EUR	72	6
3.	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>1) 9)</sup>	100,00		EUR	5.279	2.580
4.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin <sup>1) 5)</sup>	94,00		EUR	-2.494	2.030
5.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschrankter Haftung, Berlin <sup>2) 3) 9)</sup>	100,00		EUR	51	0
6.	BB-Leasing GmbH, Berlin <sup>1) 9)</sup>	100,00		EUR	2.326	537
7.	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin <sup>1) 3) 9)</sup>	100,00		EUR	26	0
8.	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin <sup>1) 9)</sup>	90,38		EUR	742.598	55.102
9.	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware <sup>1) 13) 14)</sup>	100,00		USD	-141.969	-135.246
10.	Crown Court Property London Ltd., London <sup>1) 9) 15)</sup>	100,00		GBP	18.082	572
11.	DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin <sup>1) 9)</sup>	100,00		EUR	104	1
12.	egs Entwicklungsgesellschaft Sudhorn mbH, Berlin <sup>1) 9)</sup>	94,00		EUR	-1.996	-319
13.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin <sup>1) 9)</sup>	100,00		EUR	426	1
14.	FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin <sup>1) 6)</sup>	100,00		EUR	-418	-444
15.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Dritter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin <sup>1) 6)</sup>	100,00		EUR	-1	-64
16.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin <sup>1) 9)</sup>	100,00		EUR	100	0
17.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin <sup>1) 3) 9)</sup>	100,00		EUR	9.436	0
18.	GfBI Group Services GmbH, Berlin <sup>1) 9)</sup>	100,00		EUR	272	17
19.	GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin <sup>1) 9)</sup>	100,00		EUR	60	1
20.	Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschrankter Haftung, Berlin <sup>2) 3) 9)</sup>	100,00		EUR	5.624	0
21.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin <sup>1) 9)</sup>	76,49	76,07	EUR	-21.013	-1.063
22.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin <sup>1) 9)</sup>	99,93		EUR	-7.869	-1.692
23.	Grundstücksgesellschaft Weichselstrae GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin <sup>1) 9)</sup>	60,22		EUR	3.833	179
24.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München <sup>1) 9)</sup>	78,10		EUR	61	-518
25.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 3) 9)</sup>	100,00		EUR	26	0
26.	HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking <sup>1) 9)</sup>	92,49	92,47	EUR	1.668	1.580
27.	Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin <sup>2) 9)</sup>	100,00		EUR	16.510	0
28.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 9)</sup>	100,00		EUR	20	-1
29.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin <sup>1) 9)</sup>	100,00		EUR	128	-8
30.	IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin <sup>1) 3) 9)</sup>	100,00		EUR	2.275	0
31.	Landesbank Berlin AG, Berlin <sup>3) 9)</sup>	100,00		EUR	2.857.327	0
32.	Landesbank Berlin International S.A., Luxembourg <sup>1) 13)</sup>	100,00		EUR	113.354	-79.406
33.	Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin <sup>13)</sup>	100,00		EUR	10.536	221
34.	Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Klettwitz <sup>1) 9)</sup>	60,00		EUR	-9	0
35.	Lausitzring GmbH & Co. KG, Klettwitz <sup>1) 9)</sup>	70,00		EUR	-84.324	2
36.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin <sup>1) 4) 9)</sup>	100,00		EUR	1.747	160
37.	LBB Grundstücks-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin <sup>1) 3) 9)</sup>	100,00		EUR	256	0
38.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin <sup>1) 3) 9)</sup>	100,00		EUR	1.103	190
39.	LBB Reinsurance Ltd. i. L., Dublin <sup>1) 4) 13)</sup>	100,00		EUR	0	569
40.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxembourg <sup>1) 8) 13)</sup>	100,00		EUR	3.000	0
41.	MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München <sup>1) 9)</sup>	94,00	55,30	EUR	24	-1
42.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg <sup>1) 9)</sup>	74,99		EUR	31.050	317
43.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin <sup>1) 9)</sup>	100,00		EUR	164	122
44.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin <sup>1) 9)</sup>	100,00		EUR	5	863
45.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>1) 3) 9)</sup>	100,00		EUR	1.036	0
46.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1) 9)</sup>	100,00		EUR	83	-809
47.	Wohnbau Tafelgelande Beteiligungs GmbH, Nürnberg <sup>1) 6)</sup>	75,00		EUR	33	2
48.	Wohnbau Tafelgelande GmbH & Co. KG, Nürnberg <sup>1) 6)</sup>	75,00		EUR	602	-597

# Anlage 1

## Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
47.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin <sup>1)9)</sup>	47,47		EUR	35.332	2.382
48.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1)9)</sup>	30,00		EUR	67	4
49.	Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main <sup>1)9)</sup>	25,10		EUR	9.889	0
50.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main <sup>1)11)</sup>	25,10		EUR	13.173	3.461
51.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin <sup>1)9)</sup>	21,79		EUR	8.194	408
52.	BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin <sup>1)6)</sup>	45,00		EUR	2.542	265
53.	BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1)9)</sup>	45,00		EUR	28	1
54.	BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover <sup>1)9)</sup>	50,00		EUR	1.122	-30
55.	CidSI Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin <sup>1)9)</sup>	50,00		EUR	81	-42
56.	Friedrichsfelder Viertel Bauprojekt GmbH, Berlin <sup>1)9)</sup>	47,60		EUR	72	9
57.	FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking <sup>1)6)</sup>	94,00	50,00	EUR	14	1
58.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin <sup>1)6)</sup>	49,00		EUR	-2.029	2.531
59.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. L., Berlin <sup>1)10)</sup>	49,00		EUR	3	-1
60.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin <sup>1)9)</sup>	48,48		EUR	-50.432	2.789
61.	GbR TOCOTAX <sup>1)9)</sup>	0,00	33,33	EUR	0	-140
62.	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin <sup>1)9)</sup>	50,00		EUR	-2.485	-310
63.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München <sup>1)9)</sup>	39,60	20,00	EUR	26	0
64.	InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam <sup>1)9)12)</sup>	25,00	14,29	EUR	189.315	5.495
65.	KARUS Beteiligungs GmbH & Co. Grundbesitz KG, München <sup>1)9)</sup>	33,00		EUR	25	0
66.	NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover <sup>1)9)</sup>	0,00	50,00	EUR	228	36
67.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum <sup>1)9)</sup>	42,39		EUR	229	459
68.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin <sup>1)5)</sup>	0,00	40,00	EUR	0	0
69.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG - Zweiter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin <sup>1)6)</sup>	26,80		EUR	37.866	-1.635
70.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München <sup>1)9)</sup>	49,00	36,30	EUR	-3.346	140

1 Mittelbar gehalten.

2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.

3 Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

4 IFRS-/bzw. ISA UK/IRL-Abschluss

5 Es liegen Daten zum 31.12.2005 vor.

6 Es liegen Daten zum 31.12.2006 vor.

7 Liquidationsschlussbilanz v. 29.06.2007

8 Neugründung am 14.05.2008.

9 Es liegen Daten zum 31.12.2007 vor.

10 Es liegen Daten zum 01.01.2008 vor - Liquidationseröffnungsbilanz.

11 Es liegen Daten zum 30.09.2008 vor - abweichender Jahresabschlussstermin.

12 Die Beteiligung wurde zum 31.12.2005 gekündigt. Eine Feststellungsklage ist anhängig, die Entscheidung steht aus.

13 IFRS-Konsolidierungszahlen per 31.12.2008.

EZB-Kurse vom 31.12.2008

14 1 EUR = 1,39170 USD

15 1 EUR = 0,95250 GBP

## Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin Holding AG

### Gesellschaft

1. Landesbank Berlin AG, Berlin

### **Mandate des Vorstands nach § 285 Nr. 10 HGB zum Stichtag 31.12.2008**

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- a)\* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
  
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

#### **Vorstand**

##### **Hans-Jörg Vetter**

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

---

- a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Interseroh AG, Köln (bis 15.05.2008)
  
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Hypo Real Estate Bank AG, München (seit 06.12.2008)
  - Hypo Real Estate Holding AG, München (seit 19.11.2008)
  
- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
  
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
  
- Mitglied des Verwaltungsrats der
  - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

##### **Dr. Thomas Veit**

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main
  - FinanzIT GmbH, Hannover (bis 15.08.2008)
  
- a)\* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin
  
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
  
- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin
  
- Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (seit 19.08.2008)

### Verzeichnis gemäß § 285 Nr. 10 HGB zum Stichtag 31.12.2008 bzw. Datum des Ausscheidens

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
- \*) Arbeitnehmersvertreter

#### Aufsichtsrat

##### Heinrich Haasis

Vorsitzender

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Deutsche Sparkassen Leasing Verwaltungs-AG, Bad Homburg
  - Landesbank Berlin AG, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- Deutsche Leasing AG, Bad Homburg

- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
  - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Mitglied des Verwaltungsrats der  
- Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a. M.  
- Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt a. M.

Mitglied des Aufsichtsrats des  
- Universitätsklinikum, Tübingen

##### Bärbel Wulff \*)

Stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

---

- a) stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin AG, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Vermögensverwaltung der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) GmbH, Berlin

**Dietmar P. Binkowska**  
(bis 21.11.2008)

Vorstandsvorsitzender der NRW.BANK, Düsseldorf

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- SCHUFA Holding AG, Wiesbaden

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin AG, Berlin  
- neue leben Holding AG, Hamburg  
- neue leben Lebensversicherung AG, Hamburg  
- neue leben Unfallversicherung AG, Hamburg  
- Galeria Kaufhof GmbH, Köln  
- VEMAG Verlags- und Medien AG, Köln  
- Ströer Out-of-Home Media AG

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- BVT Equity Holdings Inc., Atlanta

Mitglied des Verwaltungsrats der  
- Deka (Swiss) Privatbank AG, Zürich  
- Investitionsbank des Landes Brandenburg, Potsdam

Mitglied des Börsenrats der  
- Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf

**Gregor Böhmer**

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin AG, Berlin  
- Feuersozietät Berlin Brandenburg AG, Berlin  
- Heubeck AG, Köln

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- S PensionsManagement GmbH, Düsseldorf  
- S PensionsBeratung GmbH, Düsseldorf

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.

Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
- Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt a. M. und Erfurt

Mitglied des Verwaltungsrats der  
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.  
- Banque LBLux S.A., Luxembourg

### **Dagmar Brose \*)**

Referentin im Bereich Finanzen in der Landesbank Berlin AG, Berlin

---

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

### **Hans Jörg Duppré**

Landrat des Landkreises Südwestpfalz

---

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- Flugplatz GmbH Aeroville, Zweibrücken

### **Christina Förster \*)**

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin AG, Berlin

### **Artur Grzesiek**

(ab 24.11.2008)

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- Zoo Duisburg AG, Duisburg

Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin AG, Berlin

### **Sascha Händler \*)**

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin  
Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Landesbank Berlin AG, Berlin

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin AG, Berlin

### Jürgen Hilse

Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin AG, Berlin
  
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - AFL Finanzleasing GmbH, Göppingen
  - Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
  - Frischauf! Management und Marketing GmbH, Göppingen
  - Kreisbaugesellschaft mbH Filstal, Göppingen
  - WiF – Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Göppingen mbH, Göppingen

Mitglied des Verwaltungsrats der

- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Vorsitzender des Hochschulrats der

- Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen

Mitglied des Hochschulrats der

- Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe, Bonn  
(University of Applied Sciences)

Vorsitzender des Beirats der

- Wiedmann & Winz Internationale Spedition GmbH, Geislingen an der Steige

### Claus Friedrich Holtmann

Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Potsdam

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a.M.

### Michael Jänichen \*)

Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin AG, Berlin
  
- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

- MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam

Mitglied des Bundesbeirats der

- Deutsche Leasing AG, Bad Homburg v.d.H.

### **Daniel Kasteel \*)**

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin AG, Berlin

### **Thomas Mang**

Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin AG, Berlin  
- Alte Oldenburger Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta
- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover  
- Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover  
- Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover  
- Öffentliche Versicherung Braunschweig, Braunschweig  
- Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg, Oldenburg  
- Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg  
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin und Hannover

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg -Girozentrale, Bremen
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a.M.
- Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
- Porzellanmanufaktur Fürstenberg GmbH, Fürstenberg
- NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover
- Sparkassen International Development Trust GmbH, Berlin
- Förderungsgesellschaft des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes mbH, Hannover

Mitglied im Verwaltungsrat der

- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

### **Astrid Maurer \*)**

Mitglied des Betriebsrats und Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG, Berlin

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin AG, Berlin

### **Andreas Rohde \*)**

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Landesbank Berlin AG, Berlin

### Peter Schneider

Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart  
- SV SparkassenVersicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart
- Mitglied des Aufsichtsrats der  
- Badische Allgemeine Versicherungs AG, Karlsruhe  
- Landesbank Berlin AG, Berlin  
- S.V. Holding AG, Dresden
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- Sparkassen-Beteiligungen Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
- Baden-Württembergische Bank, Stuttgart  
- Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.
- Mitglied des Aufsichtsrats des  
- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
- Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
- LBBW Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart  
- LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
- LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz, Mainz  
- Rheinland-Pfalz Bank, Mainz
- Mitglied des Verwaltungsrats der  
- Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe  
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.
- Vorsitzender der Trägerversammlung der  
- LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender der Trägerversammlung der  
- LBBW Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart  
- LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz, Mainz

### Friedrich Schubring-Giese

Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Consal Beteiligungs-AG, München <sup>1)</sup>
  - Bayerische Beamtenkrankenkasse AG, München <sup>1)</sup>
  - Union Krankenversicherung AG, Saarbrücken <sup>1)</sup>
  - Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin <sup>1)</sup>
  - Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG, Berlin <sup>1)</sup>
  - SAARLAND Feuerversicherung AG, Saarbrücken <sup>1)</sup>
  - SAARLAND Lebensversicherung AG, Saarbrücken <sup>1)</sup>

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Deutsche Rückversicherung AG, Düsseldorf
- ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Holding AG, Dresden
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- DR Swiss Deutsche Rückversicherung Schweiz AG, Zürich
  - Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
  - MehrWert Servicegesellschaft mbH, Düsseldorf

### Joachim Tonndorf \*)

ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

---

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Barnimer Busgesellschaft GmbH, Eberswalde

### Dr. Harald Vogelsang

Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG, Hamburg

---

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- NRS Norddeutsche Retail-Service AG, Hamburg/Bremen

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Landesbank Berlin AG, Berlin
- neue leben Pensionskasse AG, Hamburg
- neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
  - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart

---

<sup>1)</sup> Konzernmandat

**Frank Wolf** \*)

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin

---

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin AG, Berlin
  - LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Potsdam

---

## **Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter**

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

**Berlin, 20. Februar 2009**

**Der Vorstand**

Hans-Jörg Vetter

Dr. Thomas Veit

## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 5. März 2009

**PricewaterhouseCoopers**  
**Aktiengesellschaft**  
**Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

Günter Borgel  
Wirtschaftsprüfer

Mark Maternus  
Wirtschaftsprüfer